

Sozialismus **extra**

www.Sozialismus.de

DIE LINKE. Strategiedebatte

»Aprilthesen« in der Diskussion

Mit Beiträgen von

Alexander Recht / Paul Schäfer / Axel Troost / Alban Werner,

Bernd Riexinger, Michael Brie / Klaus Lederer,

Susanne Hennig-Wellsow, Kristina Vogt, Nils Böhlke / Janine Wissler,

Joachim Bischoff / Hasko Hüning / Christoph Lieber / Björn Radke



12. & 13.6. ndLive

Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

**Der kurze Sommer der Anarchie.
1990: 25 Jahre danach. Wir feiern.**

**Das
Fest**
vom nd
ndlive.de



Bands

**Politik
Literatur**

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Nur im Netz:

Die Redaktion der Zeitschrift Sozialismus veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Die linke Alternative in Bremen



Entgegen den Umfragen haben die WählerInnen in Bremen ein politisches Beben ausgelöst. Für die auf eine Fortführung der rot-grünen Koalition programmierten Parteien ist das Ergebnis eine Abfuhr. Und erneut ist die Zahl der NichtwählerInnen massiv gestiegen: Es gingen 2015 nur noch 50,1% der Wahlberechtigten zur Wahl. ...

Großbritannien wählt die Austerität



David Cameron hat die Wahl in Großbritannien deutlich gewonnen und kann ohne Koalitionspartner regieren. Die Meinungsumfragen lagen gründlich daneben. Als die ersten Ergebnisse aus den Wahllokalen eingingen und im Fernsehen veröffentlicht wurden, glaubten manche ihren Augen nicht. ...

Der widerspenstige Kontinent



Der VII. Gipfel der amerikanischen Staaten war historisch. Nicht nur wegen des symbolträchtigen »Handshake« zwischen dem kubanischen und US-amerikanischen Präsidenten, sondern wegen Kubas Teilnahme am Gipfel in Panama. ...

Sozialismus extra | »Aprilthesen« in der Diskussion | Juni 2015

Strategiedebatte? Eine Einladung	4
Alexander Recht/Paul Schäfer/Axel Troost/Alban Werner	
Aprilthesen	6
Wo wir stehen und was getan werden müsste	
Bernd Riexinger	
Um gesellschaftliche Mehrheiten ringen	12
Für eine emanzipatorische Klassenpolitik	
Michael Brie/Klaus Lederer	
DIE LINKE muss ihren Gebrauchswert stärken	17
Ein Beitrag zur Diskussion	
Susanne Hennig-Wellso	
Realpolitik und utopisches Potenzial	21
DIE LINKE braucht beides auf dem Weg in die Zukunft	
Kristina Vogt	
»Maithesen« aus Bremen	25
Nils Böhlke/Janine Wissler	
DIE LINKE als gesellschaftliche Opposition	29
Joachim Bischoff/Hasko Hüning/Christoph Lieber/Björn Radke	
Rot-rot-grüne Zusammenarbeitsprojekte?	33
Zur Revitalisierung linker Opposition	

Sozialismus ist ein Forum für die politische Debatte der Linken.

Erscheint 11 x jährlich (10 Hefte und 1 Doppelheft) | Einzelheft 7,- Euro | Abonnement 70,- Euro | Auslandsabo 90,- Euro inkl. Porto | Ermäßigtes Abo 50,- Euro | Förderabonnement 150,- / 350,- Euro

Die Zeitschrift wird herausgegeben von Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Frank Deppe, Otto König, Sybille Stamm, Michael Wendl und SOST e.V.

Redaktion: Richard Detje, Marion Fisch, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Björn Radke, Bernhard Sander, Klaus Schneider, Gerd Siebecke

Redaktion Sozialismus | St. Georgs Kirchhof 6 | 20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-40 | Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de | www.sozialismus.de

ISSN 0721-1171 | © 2015 Sozialistische Studiengruppe e.V.

Umschlaggestaltung unter Verwendung eines Motivs aus dem Logo der »Linken Woche der Zukunft«

Bildnachweis: S. 4: flickr/blue-news.org ©©, S. 6: flickr/DIE LINKE ©©, S. 12: flickr/Florian Becker ©©, S. 17: flickr/Rosa-Luxemburg-Stiftung ©, S. 21: flickr/DIE LINKE.Thüringen ©©©, S. 25: DIE LINKE Bremen, S. 29: flickr/linksfraktion ©, S. 33: flickr/alias URBAN ARTefakte ©©©

Dieses Sozialismus extra wird kostenlos abgegeben.

Strategiedebatte? Eine Einladung



Auch wenn 2015 kein Superwahljahr ist, hat DIE LINKE genug zu tun: Unsere Kampagne gegen Prekarisierung muss vorangebracht und die durch die Bundesregierung forcierte Verarmungspolitik in der EU gestoppt werden. TTIP gilt es zu verhindern, eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts zu fördern und die gnadenlose EU-Flüchtlingspolitik dringlich zu korrigieren. Und dafür braucht es nicht nur progressiv agierende Parteien, sondern auch Widerstand aus der Gesellschaft – von allein werden diese Veränderungen jedenfalls nicht kommen; kein höh'eres Wesen wird uns retten.

Und dennoch: Eine Partei, die einen großen Politikwechsel anstrebt, braucht ein Programm, das von vielen Menschen getragen werden kann, und eine Strategie, *mit wem* und *in welchen Schritten* sie Veränderungen auf den Weg bringen will. Es ist daher gut, dass Die LINKE in der *Woche der Zukunft* an der Weiterentwicklung ihrer langfristigen Programmatik gearbeitet hat. Was wir aber darüber hinaus in der gegenwärtigen Lage brauchen, ist eine Strategiedebatte mit Blick auf *kurz- und mittelfristige Ziele*. Dazu haben wir Thesen vorgelegt und wollen mit der vorliegenden *Sozialismus extra*-Ausgabe zur Diskussion einladen.

»Aprilthesen« haben wir unseren Text überschrieben – im Wissen da-

rum, dass Lenin unter der gleichen Überschrift zum Sturz der provisorischen Regierung in Russland und zum Sturm auf das Winterpalais aufgerufen hat. Wir geben zu: Ein bisschen ging es uns auch darum, mit Humor und augenzwinkernd für unsere Thesen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Doch nicht nur das: Wie Lenin im Jahre 1917 stehen auch wir heute für einen deutlichen Kurswechsel und *große Transformationen*. Unmissverständlich legen wir jedoch Wert auf die Feststellung, dass Lenins großer Sprung über und gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie für uns kein positiver Anknüpfungspunkt ist.

Die Oktoberrevolution hat das letzte Jahrhundert entscheidend mitgeprägt und war der Beginn eines Versuchs antikapitalistischer Umwälzung, verbunden jedoch mit Einparteienherrschaft, Erziehungsdiktatur und weitgehender Negation bürgerlicher Freiheiten und Rechte. Dieser Versuch ist trotz mancher Errungenschaften aufgrund undemokratischer Strukturen, fehlender Rechtsstaatlichkeit und ökonomischer Fehllansätze zu Recht an sein Ende gekommen. Im 21. Jahrhundert werden große Transformationen ganz anders aussehen müssen: Es geht um eine Summe einschneidender Reformen, die durch breite Fortschrittsallianzen im Rahmen parlamentarisch und

rechtsstaatlich verfasster Demokratien erkämpft werden müssen.

Uns wurde vorgehalten, wir vernachlässigten die Notwendigkeit außerparlamentarischer Bewegungen und seien aufs Mitregieren fixiert. Damit haben wir gerechnet. Es ist ein Mantra in Teilen der Partei DIE LINKE, das da lautet: »Wir müssen die Bewegungen stärken!« Wir sind selber verdammt lang in Bewegungen aktiv, und es entspricht unserer Grundüberzeugung, dass ein Politikwechsel nicht isoliert über einen Regierungswechsel erreicht werden kann. Allerdings ist die bloße Beschwörung sozialer Bewegungen eine Floskel, die uns keinen Flohsprung weiterbringt. Die Frage lautet vielmehr, unter welchen Bedingungen gesellschaftliche Bewegung in Gang gesetzt werden kann. Teile der Partei zeichnen folgendes Bild: DIE LINKE müsse Regierungambitionen zurückstellen und stattdessen lautstark die Wichtigkeit sozialer Bewegungen proklamieren. Irgendwann und irgendwie würden diese mächtig an Bedeutung zulegen und eine solche Dynamik entfachen, dass linke Regierungen gleichsam automatisch vom gesellschaftlichen Druck ans Ruder gedrängt würden. Linke Regierungen sollen dann als Transmissionsriemen zur Umsetzung von Forderungen fungieren, die soziale Bewegungen zuvor erarbeitet haben.

Wir halten dieses Bild für einseitig und verkürzt. Auseinandersetzungen werden an verschiedenen Orten ausgetragen: auf der Straße, in Parlamenten, in Regierungen, in und zwischen Parteien, in und zwischen Institutionen, Vereinen, Initiativen, NGOs und Bewegungen. Regierungen reagieren nicht nur auf die Positionierung gesellschaftlicher Kräfte, sondern beeinflussen sie auch erheblich. Gesellschaftliche Akteure wünschen sich gewiss keine LINKE, die Anpassung zu ihrem Programm erhebt; vermutlich erwarten sie aber von der LINKEN die offen ausgesprochene Bereitschaft, sich an Regierungen zu beteiligen, sofern dies möglich ist und dazu dient, Anliegen gesellschaftlicher Kräfte in Regierungspraxis umzusetzen. Selbstredend muss DIE LINKE auch aus der Gesellschaft kommende Forderungen in ihre Programmatik integrieren, aber gesellschaftliche Akteure erwarten auch eine eigenständige Positionsfindung der Partei, die gesellschaftliche Debatten bereichert oder gar initiiert. LINKE Regierungsbeteiligungen taugen nicht als Automatismus zur Realisierung linker Wunschkonzerte; sie auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben, verunmöglicht jedoch eine breitere Umsetzung linker Programmatik.

Dass wir Regieren allein seligmachend fänden, kann man uns überzeugend nicht nachsagen. Besonders unter den gegenwärtigen und absehbaren Umständen ist es in den Bundesländern, aber auch im Bund nicht gerade vergnügungssteuerepflichtig – und überaus riskant. Worauf wir allerdings hinweisen, ist: Wer sagt, wir seien in naher Zukunft auf die Oppositionsrolle festgelegt und eine Option »Rot-Rot-Grün« sei prinzipieller Quatsch, sagt unweigerlich auch, dass Frau Merkel bis ins nächste Jahrzehnt hinein regieren wird – nein: *regieren soll!* Um diesen Tatbestand kommt man nicht herum, weil in allen erdenklichen Konstellationen die Unionsparteien die Nase weit vorn haben; für SPD und Grüne langt es nicht alleine.

Ergo: Wer möchte, dass Merkel abgelöst wird, muss auf eine Regierung von SPD, LINKEN und Grünen setzen! Nun kann man darüber streiten, welche Probleme aus weiteren sechs Jahren Merkel folgen. Und streiten lässt sich auch darüber, ob die Ge-

fahren einer Regierungsbeteiligung unter schweren Bedingungen nicht ihre Chancen übersteigen. Nur müssen wir diesen Streit dann auch offen und fair austragen!

Für unsere griechischen, spanischen, schottischen u.a. Genossinnen und Genossen wäre die Perspektive einer Fortsetzung der von Merkel geprägten Europapolitik unerfreulich, und auch für die EU als Ganze ist dieses Szenario höchst gefährlich. Freilich sind die Bedingungen für eine sozialdemokratisch-grün-linke Regierung in Berlin alles andere als günstig. Ob damit eine substantielle Änderung der Politik erreicht werden könnte, ist fraglich. Aber was folgt daraus? »Linke wählen!« als Forderung? Ja, gewiss.

Nur werden wir einen Teil der Menschen, die uns zu wählen erwägen, mit dieser Forderung alleine nicht überzeugen. Überzeugen können wir sie nur, wenn es aussichtsreiche und umsetzbare Veränderungsperspektiven gibt, für die wir als Partei auch offen eintreten. Sonst werden Wählerinnen und Wähler unserer Partei (und dafür gibt es ausreichend empirische Belege) schlicht zu Hause bleiben.

Außerdem: Seit wann werden politische Veränderungen durch bloßes Beschreiben der Realitäten ausgelöst? Wir müssen zeigen, dass wir den unbedingten Willen haben, auch kurzfristig Dinge in Bewegung zu setzen, und dass wir Wandlungsprozesse in anderen politischen Lagern erreichen können. Das wird nicht geschehen, wenn wir potenziellen Bündnispartnern nur den Stinkefinger zeigen. Wir müssen auch im harten kritischen Dialog um Veränderungen ringen. Und genau das fordern wir in den Aprilthesen ein: eine aktive, gestaltende Politik statt selbstgenügsamer Pflege des eigenen Mikrokosmos.

Gegen unsere »Aprilthesen« ist der Einwand erhoben worden, dass wir Schlüsselbereiche linker Politik vernachlässigt hätten. Dass wir nichts zur Feminisierung linker Politik gesagt haben, stimmt – aber nicht, weil wir diese Frage ignorieren würden. Wir waren nur der Meinung, dass ein Männerquartett hier nicht der geeignete Absender ist.

Wir gestehen auch zu, dass wir mit den Aprilthesen provozieren wollen: Wir sind für den technischen Fort-

schritt, für Wachstum, für begrenzte UN-Militäreinsätze. Aber wir behaupten nicht, dass wir damit den Stein der Weisen gefunden hätten oder uns in einer widerspruchsfreien Zone befänden. Uns fallen zu unseren Thesen Dutzende von Fragen ein, die auch in unseren Reihen nicht geklärt sind.

Nur drei Beispiele: Klar haben wir hervorgehoben, dass wir technischen Fortschritt brauchen, der Lebensqualität erhöht und Probleme löst. Wie aber sollen die Risiken und Belastungen durch technologische Umwälzungen künftig besser und frühzeitiger erfasst und gesellschaftlich gerecht verarbeitet werden?

Wir haben behauptet, dass Wirtschaftswachstum künftig von erhöhter Ressourcenproduktivität begleitet werden muss. Was aber ist zu tun, wenn dies trotz ökologischer Orientierung nicht ausreichend der Fall ist?

Unsere Überzeugung ist es, dass ausschließlich die Vereinten Nationen (UNO) für die internationale Friedenssicherung zuständig sind und dass es dabei auch Grenzfälle geben kann, in denen die Anwendung von Gegen Gewalt legitim und unumgänglich sein könnte. Gleichzeitig wenden wir uns dagegen, dass friedenserhaltende Militäreinsätze der Vereinten Nationen für imperiale Interessendurchsetzung missbraucht werden. Wie wollen wir das auseinanderhalten?

Doch diese Fragen und viele mehr werden leider zu selten ernsthaft in der Parteiöffentlichkeit diskutiert. Damit bewegen wir uns allesamt auf unsicherem Grund, und darunter leidet unsere Überzeugungsfähigkeit in der Gesellschaft. Daher noch einmal unser Appell: Die Strategiedebatte ist überfällig. Mit diesem *Sozialismus extra* und den darin enthaltenen Beiträgen wollen wir einen ersten Aufschlag machen, und wir würden uns freuen, wenn diese Anregungen in den Gliederungen der Partei, in der parteinahen Stiftung sowie unter befreundeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufgegriffen würden.

Alexander Recht, Paul Schäfer,
Axel Troost, Alban Werner

Aprilthesen

Wo wir stehen und was getan werden sollte

von | Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost und Alban Werner



Die Ausgangslage für DIE LINKE erscheint komfortabel: Oppositionspartei Nr. 1 im Bundestag, stabile Umfragewerte, an zwei Landesregierungen beteiligt, ein Ministerpräsident, zuletzt in Hamburg und Bremen erfolgreich. Mit stabiler Massenverankerung und Mobilisierungsfähigkeit sollte das aber nicht verwechselt werden. Wir erleben in der gegenwärtigen Situation der Partei auch Stillstand, der schnell zu Niedergang führen kann, wenn wir über kein klares Konzept und keine erkennbare Strategie verfügen, wie auf die zu erwartenden Konflikte adäquat zu reagieren ist. Ausgangspunkt jeglicher Strategiebildung ist die Analyse der gegenwärtigen Hauptkonfliktlinien und die Prognose der zu erwartenden politischen Brennpunkte. Wir sehen fünf Themen, auf die wir uns konzentrieren sollten:

■ **Haushaltspolitik und öffentliche Investitionen:** Die Regierungsparteien werden – die CDU mehr, die SPD weniger – mit ihrer Politik der »Schwarzen Null« werben; der Streit um den »Soli« und den Länderfinanzausgleich ist eröffnet. Aber wie sollen die unabdingbaren Zukunftsinvestitionen

getätigt werden, wenn an ausgeglichenen Haushalten und der Verweigerung von Umverteilung festgehalten wird? DIE LINKE wird hierzu ein kohärentes, allgemein verständliches Konzept vorlegen müssen.

■ **Fortgang der europäischen Integration:** Nach dem Wahlsieg von Syriza und möglichen weiteren Linksentwicklungen in Südeuropa spitzt sich die Frage immer mehr zu: Wird die destruktive Verarmungspolitik fortgesetzt, oder gelingt es, die Politik in Richtung »Solidarunion« zu verschieben? DIE LINKE muss die richtige Balance finden zwischen lautstarker Kritik an den unsozialen und undemokratischen Formen der EU in ihrer heutigen Verfassung und der Formulierung konkreter Alternativen, um die EU progressiv zu verändern.

■ **Internationale Handelspolitik – Ablehnung von TTIP:** Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP ist ein wichtiges Projekt, um neoliberal geprägte Internationalisierungsprozesse voranzubringen. Dagegen hat sich breiter Widerstand entwickelt. DIE LINKE muss ihn unterstützen und Vorschläge einbringen, wie eine an sozialen,

umweltpolitischen und demokratischen Standards orientierte Globalisierung aussehen könnte.

- **De-Eskalation – Entspannung – Neue Europäische Friedensordnung:** Mit der bis vor Kurzem nicht mehr für möglich gehaltenen Konfrontation zwischen »dem Westen« und Russland wächst die Gefahr militärischer Eskalation. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten sind schon heute erheblich, und der Weg zum 1990 postulierten gemeinsamen Haus Europa rückt in immer weitere Ferne. DIE LINKE muss Vorschläge präsentieren, wie man – neben der unmittelbaren Einhegung des Ukraine-Konflikts – zu einer neuen europäischen Friedensordnung gelangen könnte.
- **Flüchtlingspolitik/Einwanderung/Integration:** Schon heute ist absehbar, dass die Frage eines Zuwanderungsgesetzes ein wichtiges Wahlkampfthema werden wird, denn ein Kompromiss innerhalb der Bundesregierung erscheint wenig wahrscheinlich. Damit sind zugleich Grundfragen aufgeworfen: Wie human, wie offen ist unsere Gesellschaft wirklich? Aber auch: Wie sehen Lösungen aus, die den ungeheuren Druck zur Migration in den Krisen- und Kriegsregionen abmildern und damit die Probleme ursächlich angehen?
- **Energiewende:** Es bleibt umkämpft, ob der Umstieg auf erneuerbare Energien zügig vorangebracht oder gedrosselt wird. Dringend nötig ist eine Bundesregierung, die den Fuß von der Bremse nimmt. Dieses Thema darf DIE LINKE nicht anderen Parteien überlassen, sie muss ein sozialverträgliches Umbaukonzept zu ihrem Markenzeichen machen.

All diese Punkte sind eng verzahnt mit der Politik der Europäischen Union. In der EU wiederum geht aufgrund seiner extrem starken Stellung nichts gegen die Stimme Deutschlands. Weil ein Wandel nicht ohne Änderung der Kräfteverhältnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten zu erreichen sein wird, sind ein Politikwechsel in Deutschland und die Ablösung der Merkel-Regierung Schlüsselfragen der europäischen Entwicklung insgesamt.

Wir sollten uns nachdrücklich der Brisanz dieser Situation bewusst sein, die auch ins Wahljahr 2017 hineinreichen wird. Die nachfolgenden Thesen sollen einen Beitrag leisten, wie die dafür nötigen Weichenstellungen aussehen könnten, und sie sollen zur Debatte herausfordern.

1. These

Regieren ist kein Selbstzweck, aber lustvolles Verharren in der Opposition ist Mist. DIE LINKE muss zielgerichtet auf Regieren hinarbeiten, immer Politik für den Ernstfall machen und sich den Kopf von Regierenden zerbrechen. Es wäre fatal, wenn sich DIE LINKE unvorbereitet an Regierungen beteiligte und am Praxischock zugrunde ginge.

Auf allen politischen Ebenen muss DIE LINKE die »Kommandohöhen« politischer Entscheidungsgewalt kennen. Sie darf sich nicht in bequemer Isolation einrichten und muss versuchen, gute Bedingungen für eine LINKE Regierungsbeteiligung zu erwirken. DIE LINKE hat zwar in der Opposition einiges erreicht. Sie darf aber nicht die Augen davor verschließen, dass sich seit 2005 vieles zum Schlechteren entwickelt hat: Sozialabbau, Sparpolitik, Eurokrise, prekäre Beschäftigung. Linke haben jetzt wichtige Aufgaben in einer Regierung

zu erfüllen und müssen das Fenster für ein Umsteuern in Europa nutzen, das durch den Regierungswechsel in Griechenland geöffnet wurde. Nur wenn DIE LINKE den Willen hat, ihre Inhalte in Regierungen durchzusetzen, können Wähler sicher sein: Eine Stimme für DIE LINKE steht für einen Richtungs- und Regierungswechsel in ihrem Interesse.

2. These

Für den politischen Richtungswechsel muss DIE LINKE stärker werden. Aber ohne SPD und Grüne wird es nicht gehen. Auch DIE LINKE muss hierfür Kompromisse eingehen und von der eigenen Position Abstriche machen. Dennoch muss DIE LINKE dieses Bündnis wollen. Sie muss diesen Willen nach außen erkennbar kommunizieren und nach innen ihre politische Arbeit darauf ausrichten.

Alles Gejammer hilft nicht: Die Kunst LINKER Politik besteht darin, den Drang von SPD und Grünen in die Mitte zu kritisieren, aber zugleich an sich selbst zu arbeiten und sich um breite Angebote, Vorschläge, Bündnisperspektiven zu bemühen. Leider wollen viele in unserer Partei bei der einfachen Negation stehen bleiben. Es reicht aber nicht, nur durch Angriffe auf die anderen gewinnen zu wollen. Wer von 50+x-Mehrheiten für DIE LINKE träumt, lebt in einem anderen Land.

Leider kranken Diskussionen in der LINKEN, aber auch bei SPD und Bündnisgrünen oft an mangelnder Klarheit und Konsequenz. SPD/Grüne wollten 2013 gegen jede Realität eine eigene Mehrheit erreichen. Ihre Weigerung vor 2014, in Bundesländern mögliche rot-rote oder rot-rot-grüne Regierungszusammenarbeit einzugehen, ermöglichte Union und FDP Bundesratsmehrheiten für mehrere schädliche Gesetze (Betreuungsgeld, Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik usw.).

Aber auch die Diskussion in der LINKEN ist zu oft unehrlich. Gegen die Realität und oft im Widerspruch zur eigenen Praxis auf kommunaler und Landesebene wird so getan, als gäbe es ohne SPD und Grüne eine Mehrheitsperspektive für fortschrittliche Politik. Eine Folge: Unser Zuspruch unter Gewerkschaftern sowie früheren Rot-Grün-Wählern ist seit 2009 rückläufig – auch weil der Bezug auf diese Parteien zunehmend abstrakter wurde. Gewiss muss DIE LINKE daran arbeiten, an eigener Stärke zuzulegen. SPD und Grüne sind Konkurrenten, DIE LINKE ist nicht deren Steigbügelhalter. Dennoch: Im Westen wird DIE LINKE absehbar nicht in die Lage kommen, die größte Partei links der Union zu sein. Damit muss sie offen und ehrlich umgehen, statt SPD und Grüne nur als Feindbild zu betrachten und sich an deren Niederlagen zu erfreuen. Entscheidend wird sein, ob die Parteien links der Union in Summe an Überzeugung und Wählerstimmen zulegen.

DIE LINKE wird Prioritäten und kluge Politik entwickeln müssen, damit Kompromisse akzeptabel sind und bleiben. Sie darf nicht bei ihren »roten Haltelinien« stehen bleiben. Viel-

Alexander Recht ist Lehrer an einem kfm. Berufskolleg und Schulungsverantwortlicher im KV Köln der LINKEN. *Paul Schäfer*, Soziologe und Publizist, war von 2005-2013 Mitglied der Bundestagsfraktion der LINKEN, Mitglied im KV Köln. *Axel Troost*, Volkswirt, ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und einer der fünf Sprecher des Instituts Sozialistische Moderne. *Alban Werner*, Politikwissenschaftler, ist Mitglied im KV Aachen der LINKEN.

Die »Aprilthesen« erschienen zuerst in *Sozialismus* 4-2015, S. 31-36.

mehr muss sie auch positive Vorhaben definieren und vorantreiben, die sie bei Eintritt in Regierungsmehrheiten durchkämpfen will. Eine Mobilisierung für positive Ziele ist meistens schwieriger als jene zur Verhinderung von Verschlechterungen. Aber gerade eine Partei, die sich den demokratischen Sozialismus auf ihre Fahnen schreibt, muss Willen, Nerven und Ausdauer haben, diese Mobilisierungsfähigkeit in »revolutionärer Kleinarbeit« (Otto Bauer) zu erlernen.

Es geht bei diesem Prozess nicht nur um DIE LINKE selbst. Es geht auch darum, die Kanzlerschaft Angela Merkels zu beenden, die wie ein Alp auf Deutschland und Europa liegt. Dafür müssen sich die Menschen eine fortschrittliche Politik, die ihre Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar verbessert, endlich wieder ernsthaft vorstellen können.

3. These

»It's the economy, stupid!« Um die wirtschaftspolitische Verfasstheit der Parteien, die sich dem linken Spektrum zuordnen, ist es nicht allzu gut bestellt. Auch DIE LINKE muss vor der eigenen Haustür kehren. Die Lautstärke LINKER Kritik an der herrschenden Wirtschaftspolitik ist richtig. Aber die eigene Kompetenz der Gesamtpartei steht in keinem guten Verhältnis hierzu. Gegen den Glaubenssatz der »schwäbischen Hausfrau« muss DIE LINKE klarstellen: Öffentliche Investitionen kurbeln die Wirtschaft an. Es ist richtig, diese auch über Kredite zu finanzieren – zumal bei niedrigen Zinsen. Die Geldpolitik der EZB ist das falsche Feindbild.

Die SPD hat sich in der Großen Koalition eingerichtet. Trotz einzelner Verbesserungen gegenüber der Agenda 2010 haben Teile ihrer Führung fiskal- und arbeitsmarktpolitisch noch immer neoklassische Auffassungen. Sigmar Gabriel befürwortet TTIP gegen die Mehrheit der SPD. Teile des SPD-Vorstands liebäugeln damit, die Vermögenssteuer zu beerdigen – Piketty zum Trotz. Die Grünen vertreten in Teilen die irrierte Auffassung, ihr bescheidenes Wahlergebnis von 2013 sei Folge linker Programmatik gewesen. Fiskalpolitisch präsentieren sie sich besonders konservativ. Sie lehnen Ausgaben »auf Pump« ab. Arbeitsmarktpolitisch teilen die Grünen viele Fehler der SPD.

Und DIE LINKE? In ihrer Ablehnung der Austeritätspolitik ist ihr nichts vorzuwerfen. Aber die Debatten um Wirtschaftspolitik spielen eine zu geringe Rolle, und auch in ihren Reihen gibt es falsche Auffassungen zu den Möglichkeiten von Staatsschulden und Geldpolitik. Dabei sollte DIE LINKE sich aus zwei Gründen stärker mit diesen Themen befassen. Erstens werden damit Rahmenbedingungen gesetzt, die die tägliche Arbeit unserer Mitglieder auf kommunaler und Landesebene prägen. Zweitens muss unsere Partei nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts belastbare Vorstellungen davon haben, wie sie die Wirtschaft demokratischer, gerechter, effizienter, ressourcenschonender und krisenfester machen will.

4. These

Wenn das rot-rot-grüne Bündnis gesellschaftliche Ausstrahlungskraft haben soll, muss es durch ein gemeinsames inhaltliches Projekt erkennbar werden. Dazu müssen die beteiligten Kräfte sich bereits vor dem Wahlgang auf Inhalte verständigen und dabei Gewerkschaften und die fortschrittliche Zivilgesellschaft einbinden. Das Bündnis muss für Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit stehen.

Aus heutiger Sicht erscheint ein Bündnis oder gar Projekt aus SPD, LINKE, Grünen nach der nächsten Bundestagswahl wenig wahrscheinlich. Doch bei dieser Betrachtung stehen-zubleiben, hieße, den Politikwechsel auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Den Bürgerinnen und Bürgern muss im Vorfeld erklärt werden, wofür eine andere Regierung stehen soll. Die Vorstellung, sich erstmalig nach der Wahl zusammenzusetzen und um ein Regierungsprogramm zu feilschen, ist unrealistisch und nicht demokratisch.

Wir schlagen Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit als Orientierungsmarken vor. *Fortschritt* heißt, dass auf hochtechnologischer Basis ein Wachstum erreicht wird, das den Reichtum aller mehrt und ökologisch nachhaltig ist. *Gerechtigkeit* heißt, dass alle Arbeit haben, von der sie gut leben können; dass allen gleiche Berufs-, Bildungs- und Zukunftschancen zu teil werden; dass der Reichtum gerecht verteilt wird, um genau diese Aufgaben bewältigen zu können – von oben nach unten auf nationalstaatlicher Ebene, aber auch global von reicheren zu ärmeren Nationalstaaten. Eine Politik globaler Gerechtigkeit ist zugleich elementare Voraussetzung für die größtmögliche *Freiheit* eines jeden und damit auch derjenigen, die bis dato von solchen Freiheitsgütern abgeschnitten sind. Umgekehrt bedarf es der Durchsetzung politischer Grund- und Freiheitsrechte, ohne die es nicht zur Verwirklichung einer sozial gerechten und umweltverträglichen Welt kommen wird. Dementsprechend müssen wir konkrete Einstiegsprojekte benennen, an denen eine alternative Regierung zu messen ist.

5. These

Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit gibt es nicht ohne die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. Der Sozialismus wird nicht auf den Trümmern des Kapitalismus, sondern aus seinem Schoße entstehen. Der Weg dahin führt über den Kampf für eine solidarische Ökonomie und für eine partizipative Demokratie.

DIE LINKE nimmt emanzipatorische Potenzen der bürgerlichen Gesellschaft zu wenig zur Kenntnis, sondern zeichnet zu oft nur Bilder bürgerlichen Elends. Stattdessen sollte DIE LINKE aufzeigen, welcher Fortschritt durch moderne Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte entfesselt werden könnte, der durch falsche Strukturen und Politik blockiert wird. Es geht nicht darum, die bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen, sondern sie »aufzuheben«, indem ihre zerstörerischen Tendenzen beseitigt, ihre Fortschrittpotenziale aber beibehalten und ausgebaut werden. An der begonnenen Emanzipation des Individuums aus den Fesseln archaischer vormoderner Gemeinschaften muss DIE LINKE also festhalten und die Freiheitsrechte der Individuen entschlossen gegen ihre Feinde verteidigen. Als Sozialisten kritisieren wir die bürgerliche Gesellschaft nicht dafür, dass sie Freiheits- und Individualrechte hervorgebracht hat. Wir kritisieren die bürgerliche Gesellschaft dafür, dass sie in ihrem Inneren Gewalttätigkeit, Ausschluss und Ungleichheit produziert.

Wenn die neue Gesellschaft im Schoße der alten entsteht, muss DIE LINKE selbst die Entfaltung der Produktivkräfte wollen. In unserer Programmatik tun wir es, aber auch in der politischen Praxis? Und wir müssen viel dichter am vorhandenen Bewusstsein der gesellschaftlichen Akteure ansetzen:

Viele Menschen erleben schon heute oft größere Freiheits-spielräume als früher: weniger Patriarchat, weniger Fabrikdis-

ziplin, mehr digitale Zugänge, mehr individuelle Ansprüche, mehr Bildung, ein Zuwachs an »general intellect« (Marx). DIE LINKE tut also gut daran, das Freiheitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die unvollkommene Wirklichkeit zu mobilisieren und Menschen dazu einzuladen, an der gesellschaftlichen Transformation für eine bessere Welt mitzuwirken.

Die Mammutaufgabe, vor der die gesellschaftliche Linke steht, ist der Einstieg in eine solidarische Ökonomie, in der sich makroökonomische Steuerung, Umverteilung von Einkommen und Arbeitszeit, hochtechnologische Investitionspolitik für moderne industrielle Kerne, Entwicklung moderner technikbasierter Dienstleistungen, individualitätsstützende Sozialpolitik und neue Formen des Öffentlichen ergänzen.

6. These

DIE LINKE fordert zu Recht Umverteilung von Einkommen, mehr öffentliches Eigentum, mehr soziale Dienste, die sich mehr Leute leisten können sollen. Auf absehbare Zeit muss DIE LINKE daher wollen, dass es insgesamt mehr zu verteilen gibt. Sie muss also für Wachstum eintreten – auch nachhaltiges Wachstum ist Wachstum.

Es stimmt, dass bislang Wirtschaftswachstum mit höherem Naturverbrauch einhergeht. Daher muss Wirtschaftswachstum künftig von erhöhter Ressourcenproduktivität begleitet werden. Doch jede Politik, die den bisher erreichten Wohlstand nicht nur halten oder gar ausbauen, sondern auch gerechter verteilen will, wird in jedem Fall mehr ökonomische Kompetenz, Steuerung und Planung benötigen. Möchte DIE LINKE hier ernst genommen werden, muss sie das Thema selbst ernster nehmen.

Wachstum vergrößert den zu verteilenden Kuchen und verbessert die Kampfbedingungen der Lohnabhängigen. Dennoch ist es falsch, wenn nur die Wirkung von Wachstum auf Verteilung beachtet wird. Denn umgekehrt begünstigt eine größere Gleichverteilung auch mehr Wachstum. Daraus darf aber nicht folgen, dass LINKE die Erwirtschaftung immer schon als gegeben voraussetzen und sich daran nicht »die Hände schmutzig machen«. Es wäre hilfreich, wenn wir uns über diese Konsequenz im Klaren wären – trotz berechtigter ökologischer Kritik.

7. These

DIE LINKE muss eine Politik einfordern, mit der der Trend zur De-Industrialisierung in Europa umgekehrt wird und der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung auf hochtechnologischer Basis (etwa Industrie 4.0) wieder steigt. Gewiss wird Technik im Kapitalismus zuweilen missbraucht und deformiert, aber im Ganzen ist Technik eher Teil der Lösung als Teil des Problems. Wir brauchen technischen Fortschritt, der Lebensqualität erhöht und Probleme löst. Dazu muss sich DIE LINKE bekennen.

Qualitätsbewusste Warenproduktion und Produktivitätssteigerung durch Innovation, technischen Fortschritt und industrielle Investitionen begrüßen wir ausdrücklich. Eine solche Industriepolitik müsste auch sinnvolle private Investitionen befördern. Klar ist aber auch, dass mehr öffentliche Investitionen getätigt werden müssen und manche Privatisierung rückgängig zu machen ist. Investive, technikbasierte Aktivitäten richten sich zweifellos auch auf die Produktion materieller Güter, aber nicht ausschließlich. Es geht auch darum,

VSA: flugschriften: Linke Aufklärung & Debatten



Benjamin-Immanuel Hoff
DIE LINKE: Partei neuen Typs?
Milieus – Strömungen – Parteireform
Eine Flugschrift
Statt eines Vorwortes: ein Brief an den Autor von Katja Kipping
144 Seiten | EUR 12.80
ISBN 978-3-89965-614-5



Tom Strohschneider
Linke Mehrheit?
Über rot-rot-grün, politische Bündnisse und Hegemonie
Eine Flugschrift
96 Seiten | EUR 9.80
ISBN 978-3-89965-596-4
Kann es eine linke Mehrheit in der Bundesrepublik geben? Natürlich, aber das Kriterium auch dieser Wahrheit kann nur eine Praxis sein.



Joachim Bischoff/
Bernhard Müller
Piketty kurz & kritisch
Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert
96 Seiten | EUR 9.00
ISBN 978-3-89965-646-6
Die Autoren stellen die Ergebnisse von Pikettys Studie vor und unterziehen sie einer kritischen Bewertung.



Karl Heinz Roth
Griechenland am Abgrund Die deutsche Reparationsschuld
Eine Flugschrift
96 Seiten | EUR 9.00
ISBN 978-3-89965-664-0
Ein Neustart für Griechenland ist möglich ist, wenn Deutschland seine Reparationsschulden begleicht und zum Wiederaufbau der Wirtschaft beiträgt.



Joachim Bischoff/
Elisabeth Gauthier/
Bernhard Müller
Europas Rechte
Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus
Eine Flugschrift
132 Seiten | EUR 11.00
ISBN 978-3-89965-663-3
Wer ist die »moderne« Rechte in Europa und was sind deren Konzepte?

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de.

www.vsa-verlag.de

für eine höhere Lebensqualität den ökologischen Umbau von Produktion, Verkehr und Infrastruktur voranzutreiben, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Sozialsysteme zu stützen, moderne Dienstleistungen zu fördern und der digitalisierten Wissensökonomie den Weg zu ebnen.

Von besonderer Bedeutung wird das Verhältnis von Industriepolitik und ökologischem Umbau sein. Wichtiges Ziel technikbasierter Investitionen ist es, den Einsatz nicht-erneuerbarer Ressourcen zu reduzieren, Energieeffizienz zu erhöhen und die Entwicklung regenerativer Energiequellen voranzutreiben. Nötig ist es, unmittelbare Aktivitäten von Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen in Richtung des technikbasierten ökologischen Umbaus voranzutreiben sowie private Aktivitäten durch direkte Vorgaben und Instrumente politischer Marktsteuerung zu regulieren.

8. These

Technologischer Fortschritt und ökonomischer Strukturwandel haben zu neuen Formen der Arbeitsorganisation geführt. In dieser Entwicklung steckt nicht nur Potenzial zu Entfremdung und Druck, sondern auch zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung. DIE LINKE muss ein Angebot erarbeiten, um die neuen Potenziale der Menschen für eine emanzipatorische Politik aufzunehmen und ihre veränderten Lebensläufe sozialpolitisch gerecht abzusichern.

Neue Formen von Projekt- oder Gruppenarbeit haben sich herausgebildet, ebenso neue Formen von Selbständigkeit und weitere Beschäftigungsarten, die nicht dem vertrauten Normalarbeitsverhältnis entsprechen. Unternehmerische Orientierung am Ziel der Profitabilität wird weniger als früher übers Direktionsrecht der Unternehmensführung umgesetzt. Das kapitalistische Management will vielmehr, dass die Arbeitskräfte den Ablauf ihrer Arbeit selbst gestalten und sich den Imperativen des Marktes aussetzen. Das führt zu Widersprüchen und Stress. Die Gewerkschaften wissen, wovon die Rede ist. Der Kampf gegen Arbeitsstress und für gute Arbeit ist ins Zentrum ihrer Tätigkeit gerückt. Auch bei besonders qualifizierten Fachkräften ist Eigenverantwortlichkeit Bestandteil einer Entwicklung, die über zunehmende Konkurrenz Stress produziert, mit Unsicherheit einhergeht und durch die Entwertung von Qualifikationen auch zu »Ausmusterung« und sozialem Abstieg führen kann.

Doch es wäre zu kurz gegriffen, diese Entwicklung nur vom Stress her zu betrachten. Marx betonte die allgemeine Bedeutung von Arbeit fürs Menschsein: Indem der Mensch durch Arbeit »auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. Er entwickelt die in ihr schlummernden Potenzen und unterwirft das Spiel ihrer Kräfte seiner eignen Botmäßigkeit«. Im modernen Kapitalismus erreicht diese Entwicklung eine neue wissenschaftliche Stufe, die den Menschen auch bereichert.

Die moderne Arbeitswelt ist für DIE LINKE bisher eher unbekanntes Land. Das liegt nahe: Hoch qualifizierte Fachkräfte sind in der mitgliedermäßigen Zusammensetzung noch unterproportional vertreten. Dass sich DIE LINKE ums Prekariat und um den Öffentlichen Dienst kümmert, ist daher weder verwunderlich noch zu tadeln. Dass sie eine Kampagne startet, die auf die Einschränkung oder gar Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zielt, ist völlig richtig – weil es niemand anderes tut und es um die Würde von Hundert-

tausenden geht. Aber klar ist: Damit allein wird man nicht zu einer gesellschaftsverändernden Kraft!

Daraus folgt, dass sich DIE LINKE intensiver um das Feld der Arbeit kümmern muss. Freiheitsräume von Beschäftigten zu wahren, die Kultur sozialer Unsicherheit einzudämmen und den Sozialstaat mit Blick auf den Wandel der Arbeit zukunftsfest zu machen, darum geht es. Diese Aufgabe betrifft nicht nur den Bereich der Erwerbsarbeit. Denn die zunehmende Flexibilisierung in der Erwerbsarbeit erwirkt eine Entgrenzung der gesellschaftlichen Arbeit insgesamt, bei der Phasen von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sich gegenseitig durchdringen. Wenn wir also über den Stellenwert der Arbeit heute sprechen, so reden wir über Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, die beide in eine Politik der Regulierung mit einzubeziehen sind, wenn wir wieder mehr Menschen für die Einmischung in die Politik gewinnen wollen.

9. These

Europa ist nicht alles, aber ohne Europa ist alles nichts. DIE LINKE kritisiert zu Recht die neoliberale Verfasstheit der europäischen Integration und die abgehobene politische Führung der EU. Aber Hand aufs Herz: Das europäische Bewusstsein der LINKEN musste auch erst durch die wichtigen Abwehrkämpfe gegen die europäische Austeritätspolitik »wachgeküsst« werden. Die schwierige Situation von Syriza und möglichen weiteren linken Regierungen unter dem Merkelschen Austeritätsregime sollte klarmachen: DIE LINKE muss sich entschieden mehr um die Europapolitik kümmern.

Die dominante und desaströse Rolle der deutschen Regierung in der EU muss von uns thematisiert werden. Zudem müssen wir auf die besondere Notwendigkeit und Möglichkeit Deutschlands für eine solidarische Entwicklung in Europa hinweisen. Diese erfordert höhere Lohnsteigerungen und die Anregung von Investitionen in Deutschland zur Reduzierung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte in Europa. Ohne ein europäisches Aufbauprogramm, mit dem Investitionen vor allem in die notleidenden »Peripherie«-Länder gelenkt werden, kann die wachsende Spaltung innerhalb der EU nicht aufgehoben werden.

Notwendig wird es aber auch sein, dass sich zentralstaatliche europäische Mechanismen auf solidarischer Grundlage entwickeln. Hierzu gehören eine abgestimmte expansive Ausgabenpolitik, eine expansive Geldpolitik der EZB ohne Sparvorgaben für die EU und die Nationalstaaten, eine EU-Ausgleichsunion und Wechselkursvereinbarungen zwischen der EU und anderen Teilen der Weltwirtschaft sowie eine Regulierung der Finanzmärkte. Dies setzt voraus, die europäischen Vertragswerke an jenen Stellschrauben, die europäischer Solidarität entgegenstehen, zu revidieren. An einem radikalen Umbau der EU führt kein Weg vorbei.

10. These

Die Menschenrechte – individuelle Freiheitsrechte und soziale Grundrechte – sind Fundament linker Politik, und dies gilt für Innen- und Außenpolitik gleichermaßen. Denn um was sonst geht es im Sozialismus? Doch darum, die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass diese Rechte für alle umgesetzt werden. DIE LINKE muss diesen Anspruch als Menschenrechtspartei verkörpern und leben – nicht mehr und nicht weniger.

Wer unterschreibt nicht den Satz »Die Menschenrechte sind universell und unteilbar«? Auch wir tun es, sehen uns aber genötigt, sofort allerlei Sätze hinzuzufügen. Menschenrechte seien Vorwand für imperiale Interventionspolitik, würden für ideologische Vernebelung durch die Herrschenden genutzt. Mitunter entsteht der Eindruck, dass wir über die richtige Kritik an diesen Sachverhalten den positiven Bezug auf weltweite und damit überall einzufordernde Rechte vergessen. Ein verquastetes »Ja, aber« steht uns nicht gut zu Gesicht, wir müssen entschiedene Verfechter der Menschenrechte sein.

Besonders schwierig wird es, wenn wir programmatisch feststellen, die Menschenrechte seien dem Gewaltverbot der UN-Charta strikt untergeordnet. Das ist völkerrechtlich falsch und politisch-moralisch unhaltbar. Versuche, das Spannungsverhältnis zwischen kategorischer Menschenrechtspolitik und friedenssicherndem Nichteinmischungsgebot einseitig nach einer Seite hin aufzulösen, taugen nicht. Man landet unweigerlich beim Menschenrechtsbellizismus oder beim Menschenrechtsnihilismus. Beides können wir nicht wollen – es muss etwas Drittes geben, eine klügere Lösung.

11. These

Wie unsere »Weltfriedensordnung« aussehen soll, bleibt noch zu unbestimmt und auf »Antimilitarismus« beschränkt. Unsere Forderung, »Frieden mit friedlichen Mitteln« erreichen zu wollen, muss endlich substantiell gefüllt werden. Den Fragen, wie man im Rahmen der Vereinten Nationen entgrenzter Gewalt entgegentreten kann, werden wir nicht endlos ausweichen können.

Die Welt ist aus den Fugen geraten. Ratlosigkeit breitet sich aus, weil die bisher gegebenen, primär militärischen Antworten auf die heutigen Krisenprozesse die Probleme nur verschärft haben. Aber wissen wir, wie man Staatszerfall, Terrorismus, neuerlichen Gewalteskalationen und globalen Umweltproblemen begegnen soll? Unsere Kenntnisse über die sich wandelnde Welt und unsere Politikvorschläge bleiben hinter dem zurück, was gebraucht wird. Eine naheliegende Antwort auf die »aus den Fugen geratene Welt« lautet: Die Vereinten Nationen und ihre Regionalorganisationen müssen endlich an die erste Stelle gerückt werden, wenn es um die Sicherung des Friedens und globale Zusammenarbeit geht. Und: Es braucht verlässliche Regeln des Zusammenlebens, um die Willkür der Stärkeren durch Recht und Völkerrecht zu ersetzen. Auch der Internationale Strafgerichtshof gehört dazu. Mit diesen Fragen müssen wir uns mehr beschäftigen und klarere Vorstellungen entwickeln.

Klar ist: »Zivile Antworten« auf gewaltförmige Konflikte müssen absolutes Primat haben. Bundesaußenminister Stein-

meier verkündet, sein Ministerium umbauen zu wollen, um ziviler Konfliktvorbeugung die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. An der Disparität zwischen Militärausgaben und Mitteln für zivile Konfliktbearbeitung wird sich jedoch nichts ändern, die Logik »militärischer Nachsorge« steht weiter oben an. DIE LINKE hat lange gezögert, ob sie sich diesem Feld überhaupt zuwenden soll – weil »die Herrschenden« die zivile Konfliktbearbeitung längst in ihren außenpolitischen Instrumentenkasten integriert haben. Auch hier gilt es, die bloße Abwehrhaltung zu überwinden und konstruktive Ideen einzubringen.

DIE LINKE propagiert Solidarität mit denen, die existenziell durch kriegerische Gewalt und Terror bedroht sind. Und sie betont eine Politik der Gewaltfreiheit als ehernes Prinzip. Doch beide Vorsätze können zuweilen in Widerspruch zueinander geraten. Beispiel Kobane: Wenn wir zu Recht betonen, dass der militärische Widerstand von Kurden in Syrien und im Irak gegen die mörderischen Attacken des IS legitim ist, dann sagen wir implizit auch, dass es Extremsituationen gibt, in denen das Recht auf Leben mit der Waffe in der Hand verteidigt werden muss. Ein linkes Transparent gegen die US-Bombenangriffe passt dann auch nicht dazu, dass DIE LINKE im Bundestag die Befreiung Kobanes feiert, die durch das Zusammenwirken der kurdischen, irakischen und iranischen Kämpfern am Boden und US-Kampflugzeugen in der Luft erreicht wurde. Das Recht auf Notwehr und die Pflicht zur Nothilfe – wenn möglich – gehören untrennbar zusammen. Nun kann man anzweifeln, ob es in der heutigen kapitalistischen Staatenwelt und einer von Großmächten dominierten UNO überhaupt integrierte, uneigennützig und legitime »Nothelfer« gibt.

Andererseits kann es keine politisch und moralisch vertretbare Position sein, eine bedrängte Bevölkerung mit dem Hinweis zu trösten, dass sie internationale Hilfe erst zu erwarten habe, wenn erst einmal der Imperialismus überwunden und die UN wirklich demokratisch sei. (Ganz abgesehen davon, dass ein solcher Gedanke auch unlogisch wäre: Denn in diesem »Goldenen Zeitalter« wird es doch gar keinen Terrorismus mehr geben, oder?)

Über diese Fragen müssen wir diskutieren und nachdenken können, ohne dass eine Seite sofort mit dem Bannstrahl der Kriegstreiberei belegt wird. Hätte die UNO nicht die Möglichkeit gehabt, den Völkermord in Ruanda vor gut 20 Jahren zu verhindern, und wenn ja, hätte sie es nicht tun müssen? Warum soll das heute anders sein? Das hindert uns ja keineswegs, immer wieder eine vorausschauende Politik einzufordern, mit der solche Zwangssituationen gar nicht erst entstehen können.

SozialismusAktuell

www.sozialismus.de | laufend aktuelle Kommentare & Kurzanalysen

**Außerdem immer gut informiert über spannende neue Bücher,
Ereignisse vor Ort und linke Debatten: www.vsa-verlag.de |
www.vorort-links.de | www.wissentransfer.info | www.linksnet.de**

Um gesellschaftliche Mehrheiten ringen

Für eine emanzipatorische Klassenpolitik

von | Bernd Riexinger

Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost und Alban Werner fordern in ihren »Aprilthesen« DIE LINKE dazu auf, ihren bündnispolitischen »Willen nach außen erkennbar zu kommunizieren und nach innen ihre politische Arbeit darauf auszurichten«. Dafür schlagen sie fünf strategische Bereiche vor, die sicherlich wichtige Felder linker Politik sind: eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Förderung öffentlicher Investitionen, eine sozial gerechte und menschenwürdige Einwanderungspolitik und viele weitere. Dennoch bleibt die mit den Vorschlägen verbundene strategische Ausrichtung an vielen Punkten unklar: Wie verhält sich eine linke Wirtschaftspolitik zum neoliberalen Exportmodell, das von SPD und Grünen derzeit nicht in Frage gestellt wird? Wie kann eine populäre linke Strategie gegen die neoliberale Krisenpolitik und gegen den rechten Kulturkampf aussehen? Wie kann angesichts von Prekarisierung und Spaltungen, aber auch

eines neuen Produktivitäts- und Digitalisierungsschubs eine sozial gerechte und demokratische Gestaltung der Arbeit der Zukunft gesellschaftlich durchgesetzt werden?

Die Autoren der »Aprilthesen« plädieren für eine offensive Ausrichtung auf Rot-Rot-Grün. DIE LINKE müsse »dieses Bündnis wollen« und »Kompromisse eingehen und von der eigenen Position Abstriche machen.« Der Weg zu einem linken Reformprojekt ist aber nicht durch DIE LINKE verstellt, sondern durch die mehrheitliche politische Ausrichtung von SPD und Grünen. Es mangelt nicht an Konzepten für eine Abkehr vom neoliberalen Gesellschaftsumbau und der Militarisierung der Außenpolitik, für einen sozial-ökologischen Umbau. Unklar bleibt in den »Aprilthesen« auch, wie eine gesellschaftliche (!) Mehrheit für ein linkes (!) Reformprojekt, der Bruch mit dem neoliberalen Kapitalismus und der Einstieg in einen gesellschaftlichen Richtungswechsel erreicht wer-

den sollen. Im Parlament werden gesellschaftliche Kräfteverhältnisse im besten Fall repräsentiert, die zuvor in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen geschaffen werden. Die entscheidende Frage ist also: Wie kann DIE LINKE gestärkt werden, um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern und Mehrheiten für linke Politik zu gewinnen? Dafür reichen allgemeine programmatische Punkte und richtige Einzelforderungen nicht aus.

Richtig ist: DIE LINKE darf die Diskussion um Regierungsbeteiligungen nicht zu abstrakt führen. Die Frage pro oder contra Regierungsbeteiligung ist nicht die entscheidende. Die fundamentale Ablehnung von Regierungsbeteiligungen kann die Partei in eine Sackgasse führen, wenn sie sich auf einen Radikalismus der Worte und Programme beschränkt und nicht in der Lage ist, als organisierende Kraft im Alltag Durchsetzungsmacht für konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse zu organisieren.



Die Betonung der Gestaltungsaufgabe der Partei kann aber umgekehrt dazu führen, die Aufgabe der Opposition gegen die neoliberalen Verhältnisse und das kapitalismuskritische, sozialistische Profil der LINKEN verschwimmen zu lassen. Regierungseteiligungen machen nur dann Sinn, wenn klare Kriterien erfüllt sind. Dazu gehören: ein gemeinsames Projekt für einen grundlegenden Politikwechsel und einen anderen gesellschaftlichen Entwicklungspfad jenseits des neoliberalen Kapitalismus – das geht über punktuelle programmatische Überschneidungen hinaus. Neben dem politischen Willen in den Parteien dazu (also einem grundlegenden Kurswechsel bei SPD und Grünen) braucht es eine gesellschaftliche Hegemonie für eine solche linke Agenda und die Macht, durch gemeinsame Mobilisierungen mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zentrale Einstiegsprojekte auch gegen massiven Widerstand der Kapital- und Vermögensbesitzer durchsetzen zu können.

Michael Jäger hat DIE LINKE zu Recht dazu aufgefordert, sich als eigenständige gesellschaftliche Kraft zu verstehen, die in einer Zeit der Krise des neoliberalen Kapitalismus, der postdemokratischen Aushöhlung der Demokratie und der weiter andauernden neoliberalen Erstarrung aller anderen Parteien um gesellschaftliche Mehrheiten ringt. Als LINKE sollten wir uns nicht auf der Position einer 10%-Partei einrichten und uns als untergeordneten Teil eines »rot-rot-grünen« Lagers verstehen. Wir sollten vielmehr den Kampf um die Hegemonie, um die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung, mit dem Ziel führen, gesellschaftliche Mehrheiten zu erreichen. Wir stehen damit vor der Herausforderung, verschiedene Teile und Milieus der unteren und mittleren Klassen in Prozessen der Herausbildung gemeinsamer Weltsicht und politischer Ziele zu verbinden und die Entwicklung einer neuen demokratisch organisierten Wirtschaft, Politik und Kultur/ Lebensweise zu fördern. Die hier vorgeschlagene Strategie einer emanzipatorischen Klassenpolitik als Herzstück einer »verbindenden Partei« bedeutet in der gegenwärtigen Konstellation, die pluralen Gegenkräfte zum neoliberalen Kapitalismus zu sammeln und im Hin-

blick auf zu entwickelnde gemeinsame Ziele zu bündeln. Sie steht nicht im Widerspruch dazu, die Macht- und Gestaltungsfrage zu stellen. Im Gegenteil: Die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft ist die Grundlage dafür, die politischen Kräfteverhältnisse im Staat zu verändern. Eine solche Strategie muss zugleich DIE LINKE als aktive Mitgliederpartei stärken: Die Stärkung des Parteaufbaus an der Basis und die stärkere gesellschaftliche Verankerung insbesondere in der Arbeitswelt und den Gewerkschaften, bei Erwerbslosen und bei jungen Menschen entscheiden darüber, ob DIE LINKE in der Lage ist, zum Motor einer gesellschaftlichen Opposition gegen die Große Koalition zu werden und mittelfristig eine Alternative zum neoliberalen Exportmodell mehrheits- und durchsetzungsfähig zu machen.

Nach den Bundestagswahlen hat sich die Partei erfolgreich stabilisieren können. Die erfolgreiche Landtagswahl in Thüringen und die Wahl von Bodo Ramelow zum ersten linken Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik gehört sicherlich zum Höhepunkt im Jahr 2014. Trotz dieses Erfolges haben die Landtagswahlen im Osten verdeutlicht, dass DIE LINKE nach wie vor mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Überdurchschnittlich gewählt haben uns die Erwerbslosen und die Generation über 60. Große Lücken gibt es bei den ErstwählerInnen und Jüngeren, aber auch bei den Erwerbstätigen und Gewerkschaftsmitgliedern. Nach wie vor ist die Partei im Westen noch zu klein und für den Einzug in die Landtage der Flächenländer stark vom Bundestrend abhängig. Die Wahlen in Hamburg und Bremen haben aber gezeigt, dass die Partei im Westen, besonders im großstädtischen Raum, wieder wachsen kann. Es entstehen in vielen Städten Wurzeln eines linken Milieus.

Dennoch ist DIE LINKE in Deutschland derzeit nicht in der Lage, den Kampf um die Hegemonie insgesamt zu gewinnen. Dafür ist ihre gesellschaftliche Verankerung zu schwach, ist sie politisch zu stark fragmentiert, sind die gesellschaftlichen Krisenprozesse (noch) zu schwelend und die Dynamik sozialer Kämpfe insgesamt zu schwach. Aber: Nach Jahren der Niederlagen geht es darum, Erfolge, Verbesserungen der Lebensverhältnisse

durch Organisierung und sozialen Protest zu schaffen. Der Durchsetzung des Mindestlohns sind jahrelange Arbeit in Initiativen und Bündnissen zur Überzeugungsarbeit in der Gesellschaft vorangegangen. Eine emanzipatorische Klassenpolitik muss an den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Konfliktlinien, den möglichen Bruchstellen des neoliberalen Blocks und der Großen Koalition ansetzen und für konkrete Einstiegsprojekte gesellschaftliche Mehrheiten schaffen. Es geht darum, »solidarische Brücken«, gemeinsame politische Erfahrungen und Forderungen unterschiedlicher Teile der Lohnabhängigen zu fördern und Spaltungen anhand von Geschlecht, Rassismus und Nationalismus entgegenzuwirken. Träger einer solchen Politik könnte ein Bündnis von Erwerbslosen und von Armut Betroffenen, den verschiedenen Gruppen prekär Beschäftigter, den (noch) tariflich abgesicherten Beschäftigten der Industrie und des öffentlichen Sektors (insbesondere den wachsenden Beschäftigtengruppen im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich) sowie des sich bildenden urbanen linken Milieus sein.

Gegen die Prekarisierung von Arbeit und Leben

Ein zentrales Projekt, um die Verankerung der LINKEN bei Erwerbslosen, Menschen in Armut und prekären Verhältnissen, der jungen »Generation prekär« und bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu stärken und zugleich Bündnisse zu den Interessen der Beschäftigten der Exportindustrie zu schlagen, ist die auf mehrere Jahre angelegte Kampagne gegen prekäres Leben und Arbeiten. Die Kampagne »Dass muss drin sein« setzt an den Erfahrungen und unmittelbaren Problemen an und formuliert das Selbstverständliche: Arbeit, von der man leben und die Zukunft planen kann. Dass die einen nicht überarbeitet und die anderen nicht unterbeschäftigt sein sollen, sondern dass wir gemeinsam gesellschaftliche Lösungen für die Umverteilung von Arbeit finden müssen. Dass die Mindestsicherung von Menschen

Bernd Riexinger ist Parteivorsitzender der LINKEN und ehemaliger Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart.

ein Grundrecht ist und nicht mit Sanktionen verbunden werden darf. Dass Wohnen und Energie bezahlbar sein müssen, ohne dass die Menschen an den Rand gedrängt werden. Dass eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Bildung, Gesundheit und Pflege durch ausreichend Personal und bessere Arbeitsbedingungen gesichert wird. Das muss drin sein.

Entlang des Slogans »Das muss drin sein« kann der Kampf darum geführt werden, was in einem reichen Land als selbstverständlich gilt. Es geht darum, Anspruchshaltungen an gute Arbeit und ein gutes Leben zu stärken – und die Verursacher und Profiteure der Prekarisierung auch als direkte Gegner zu adressieren. Es soll eine Klammer zwischen unterschiedlichen Konflikten und Kämpfen geschaffen werden: neue Streiks in prekärer Arbeit etwa im Einzelhandel oder der Gastronomie, Auseinandersetzungen um den Pflegegenotstand im Gesundheits- und Pflegebereich, Proteste gegen steigende Mieten und Energiekosten und die Verdrängung von Gruppen mit niedrigen Einkommen durch Gentrifizierung. Die Forderung nach mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit soll nicht nur die Beschäftigten der sozialen Dienstleistungen erreichen, sondern auch große Teile der Lohnabhängigen insgesamt ansprechen, die auf eine gute öffentliche Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege angewiesen sind.

Mittelfristig sollen die Forderungen in der Gesellschaft mehrheitsfähig gemacht und Druck aufgebaut werden, um eine oder mehrere der bundesweiten Forderungen tatsächlich durchzusetzen. Entscheidend ist, dass sie auch von Gewerkschaften und anderen Akteuren aufgegriffen und Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Mobilisierung werden. DIE LINKE ist als aktive Mitgliederpartei durchaus geeignet, als Scharnier zwischen den verschiedenen Teilen der fragmentierten Linken wie der verschiedenen sozialen Kämpfe zu fungieren. Allerdings muss sie dafür auch ihre eigenen Fähigkeiten verbessern, aktiv und verbindend, aufregend und einladend zu agieren. Die Kampagne kann sich zu einem selbstorganisierten Lernprozess entwickeln, in dem Mitmachen nicht nur bedeutet, einen bereits fertigen Plan umzusetzen,

sondern Räume für Austausch geschaffen und Fähigkeiten zur Organisierung entdeckt und verbreitet werden. Die Kampagne kann so ein starker Anfang für die Entwicklung einer neuen Klassenpolitik werden.

Der Kampf um die Arbeit der Zukunft

Mit 43 Millionen Beschäftigungsverhältnissen sind so viele Menschen in Lohnarbeit wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik, ein »Ende der Arbeit« ist nicht in Sicht. Die Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit und die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen müssen also zentrale Schwerpunkte LINKER Politik sein. Die neoliberale Deregulierung der letzten Jahrzehnte hat hier soziale Zerstörungs- und Spaltungsprozesse bewirkt: Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten sind in einem Maße auseinandergedriftet, wie wir das in der neuen Geschichte bisher nicht erlebt haben. Heute ist die Regulierung der Arbeit für die Gewerkschaften zu einer Schicksalsfrage geworden.

Die Tarifbindung ist über Jahre gesunken, auf 57% im Westen und im Osten unter 40%. Nur noch in 23% der Betriebe gilt ein Tarifvertrag. Auch die Reichweite der verhältnismäßig guten Tarifverträge im Metallbereich nimmt kontinuierlich ab. Die fehlende Bindekraft von Tarifverträgen ist eine der Hauptursachen für zunehmende Lohnungleichheit und Spaltungen zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen. Es gehört zudem zur Struktur des Exportmodells und zur Leitlinie der Politik der Großen Koalition, dass die (durch prekäre Beschäftigung selbst gesplante und angesichts der Entwicklung der Produktivität und der Profite viel zu niedrige) Lohnentwicklung im Exportsektor mit einer strukturellen Abwertung des Öffentlichen, der personennahen Dienstleistungen und des Handwerks einhergeht. Die Gewerkschaftsbewegung ist durch diese Entwicklungen mit der Gefahr verstärkter Spaltungen und Konkurrenz untereinander konfrontiert.

In den letzten Jahren haben sich aber auch neue Streikbewegungen u.a. im Bewachungsgewerbe, in Call-Centern, in der Nahrungsmittelindustrie und im Reinigungsgewerbe, im Han-

del wie jüngst bei Amazon sowie bei ErzieherInnen oder Pflegekräften im Krankenhaus entwickelt. Eine emanzipatorische Klassenpolitik um die Arbeit der Zukunft steht vor der Herausforderung, neue Streikbewegungen sowie andere betriebliche Auseinandersetzungen stärker mit gesellschaftspolitischen Kampagnen der Gewerkschaften und Bündnispartnern aus sozialen Bewegungen und Parteien zu verbinden. Der LINKEN kann in diesem Prozess eine tragende Rolle zukommen, wenn es ihr gelingt, an die neuen Klassenauseinandersetzungen anzuknüpfen. Was in einer Gesellschaft als »selbstverständlich«, »normal« gilt, welche Vorstellungen von guter Arbeit und einem guten Leben sich gesellschaftlich verallgemeinern und durchsetzen, ist eine Frage der (Klassen-)Kämpfe um die Hegemonie. Im Sinne einer »revolutionären Realpolitik« (Rosa Luxemburg) geht es heute darum, verbunden mit den »Tageskämpfen« wie den neuen Streiks einen »Kulturkampf« um die Arbeit der Zukunft zu führen, der unterschiedliche Erfahrungen und Ansprüche in einer fragmentierten Arbeitswelt bündeln kann. Die LINKE sollte ihre Konzepte zur Regulierung der Arbeit bündeln und eine mobilisierende Agenda für ein zukunftsfähiges »Neues Normalarbeitsverhältnis« entwickeln:

- Jede Arbeit muss so bezahlt werden, dass die Existenz (auch im Alter) gesichert wird.
- Es muss drin sein, die eigene Zukunft planen zu können und gleichen und geschlechtergerechten Zugang zu sozialer Absicherung zu haben.
- Gute Arbeit darf nicht krank machen und auch nicht nach einigen Jahren zu Erschöpfung und Burnout führen. Es geht um eine neue »Humanisierung der Arbeit« durch eine »Stressbremse« und den Ausbau von Mitbestimmungsrechten.
- Eine erneuerte Initiative zur Arbeitszeitverkürzung müsste sich um die breit getragenen, aber konkret sehr unterschiedlichen Wünsche nach mehr selbstbestimmter Zeit drehen und diese zu einem Kampf um eine neue (und gegenüber der alten Vollzeitnorm auch flexiblere und geschlechtergerechte) gesellschaftliche Norm bündeln. Beruf

und FreundInnen, Familie, kulturelle und politische Aktivität müssen in allen Lebensphasen miteinander vereinbar sein. Es geht darum, durch Umverteilung der Arbeit Dauererwerbslosigkeit, unfreiwillige und prekäre Teilzeit sowie die Überlastung durch zu lange Arbeitszeiten zu überwinden. Die Arbeitszeit muss sich mehr um das Leben drehen und das Leben weniger um die Arbeit. Die Forderung »Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst« wäre vielleicht geeignet, um Projekten wie der »kurzen Vollzeit« von etwa 30-32 Stunden und flexiblen Modellen für unterschiedliche Lebensphasen wie Sabbatjahren, Familien- und Bildungszeiten eine gemeinsame Strahlkraft zu verleihen.

- Die Frage der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Arbeit. Anknüpfend an betriebliche Auseinandersetzungen um Tarifbindung (wie etwa bei Zara) muss gemeinsam mit den Gewerkschaften der politische Kampf gegen die Unternehmensverbände darum geführt werden, dass Anträge auf Allgemeinverbindlichkeit von den Interessen der Beschäftigten ausgehen und von den Gewerkschaften alleine gestellt werden können (statt wie bisher im Einvernehmen von Gewerkschaften und Kapitaleseite).

Neue Bündnisse für Gute Arbeit, Stärkung des Öffentlichen und Umverteilung des Reichtums

Der neoliberale Kapitalismus steckt weiter in der Stagnationskrise. Die beiden Antworten der Großen Koalition auf die Wachstumskrise, die Förderung der Exportindustrien durch Freihandelsabkommen wie TTIP und Ceta sowie die Förderung der Investitionen durch Privat-Öffentliche-Partnerschaften nach dem Beispiel des Juncker-Plans führen zu weiterer Prekarisierung, Privatisierung und tragen so zur Aushöhlung der Demokratie bei. Zugleich kann es – auch angesichts der ökologischen Krise – aus linker Sicht nicht um Wachstum um jeden Preis gehen.

Mit der technologischen Entwicklung und dem neuen Schub der Digita-

lisierung der Produktion werden auch von links-alternativen Kräften Hoffnungen auf einen alternativen Pfad gesellschaftlicher Entwicklung verbunden. Vieles spricht aber dafür, dass unter den bestehenden Kräfteverhältnissen die Digitalisierung die Prekarisierung und Fragmentierung der Arbeit verstärken würde. Die digitale Vernetzung von Maschinen und Maschinenanlagen wird die Maschinenbaubranche mehr und mehr in Informatikbetriebe umwandeln und zu einem neuen Automatisierungs-Schub führen. Ohne Zweifel wird die Robotisierung der Produktion Arbeitsplätze vernichten. Mit weiterer Digitalisierung wird so die alte Frage, von wem die neuen Produktivitätsgewinne angeeignet werden, auf die Tagesordnung gesetzt: Kommt es zu einem weiteren Anstieg der Massenerwerbslosigkeit oder gelingt es, Alternativen durchzusetzen wie die Verkürzung der Arbeitszeit und die Abschöpfung der Profite für neue – demokratisch gestaltete – Investitionen und damit verbundene Umverteilung der Arbeit und Beschäftigungsaufbau in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen wie Bildung, Care-Ökonomie (Pflege, Gesundheitsversorgung), dem Ausbau und demokratischer Gestaltung öffentlicher Infrastruktur (für sozialen und ökologischen Wohnungsbau, ökologische Mobilität, zukunftsfähige Städte und Regionen, für die Gestaltung einer alternierenden Gesellschaft usw.)?

Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung um die Stärkung des Öffentlichen können u.a. die laufenden Streiks in den Sozial- und Erziehungsdiensten, aber auch die verstärkten Auseinandersetzungen im Gesundheits- und Pflegebereich (z.B. um Personalbemessung an der Berliner Charité) sein. Es ginge darum, die in den Kämpfen um Gute Arbeit in diesen Bereichen bereits (ansatzweise) politisierten Perspektiven der Aufwertung sozialer Dienstleistungen in der Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung mit dem Kampf um den Ausbau und die Qualität der Öffentlichen Daseinsvorsorge, um gute Bildung, Pflege und Gesundheit für Alle zu verbinden. Damit würden Kernelemente des neoliberalen Exportmodells in die Auseinandersetzung hineingezogen. Zum neoliberalen Exportmodell gehören auch die Schul-

denbremse und unsoziale Kürzungspolitik, niedrige Steuern für Konzerne und Vermögende und das Kaputtsparen und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die zumeist von Frauen geleistete Arbeit mit den Menschen in sozialen Dienstleistungen im Bildungs-, Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich wird gegenüber Arbeit in der Exportindustrie abgewertet und unterfinanziert. Mit den Forderungen zur Pflege, Gesundheit und Bildung im Rahmen der Kampagne wird einer veränderten Klassenzusammensetzung Rechnung getragen: Mittlerweile sind in sozialen Dienstleistungen mehr Menschen als in der Exportindustrie beschäftigt. Die öffentliche Verarmung, die Politik von Prekarisierung von Leben und Arbeiten kann diese Beschäftigten in Widerspruch zur aktuellen Regierungspolitik bringen. Gerade im Gesundheitswesen und bei der Pflege zeigt sich besonders deutlich, dass die Mehrheit der Lohnabhängigen von Unterfinanzierung und Pflegenotstand betroffen ist. DIE LINKE kann durch die praktische Unterstützung von sozialen Kämpfen und ihre Verbindung mit politischen (Bündnis-)Initiativen eine Verankerung in diesem wachsenden Bereich der Beschäftigten in den sozialen Dienstleistungen aufbauen.

Auch der Zerfall der öffentlichen Infrastruktur etwa in Schulen, Krankenhäusern und bei der Verkehrsinfrastruktur führt zu einer Auseinandersetzung, die an den Kern des Exportmodells rührt, Kritik anstößt und neue Bündnisse ermöglichen kann: Gabriels Expertenkommission für Investitionen hat ebenso wie die europäische Kommission erkannt, dass Anreize für Investitionen in die Realwirtschaft notwendig sind. Daher sollen massiv öffentlich/private Partnerschaften ausgeweitet werden: Die »Privaten« in dieser Partnerschaft fordern Renditen von mindestens 6%, die Kosten tragen die SteuerzahlerInnen und die Beschäftigten. Während die Große Koalition an der Ideologie der »Schwarzen Null« und der Schuldenbremse festhält und so Privatisierungsdruck und die Belastung der unteren und mittleren Einkommen fördert, ist es bei den derzeitigen niedrigen Zinsen gut zu vermitteln, einen Teil der Investitionsmittel durch öffentliche Kreditaufnahme zu finanzieren.

DIE LINKE hat mit der Forderung eines Zukunftsinvestitionsprogramms von 100 Milliarden Euro für den Ausbau von guter Bildung, Gesundheit und Pflege, sozialen und ökologischen Wohnungsbau und die Förderung der Lebensqualität in den kaputtgesparten Kommunen ein Einstiegsprojekt, das auf die Stärkung und Demokratisierung des Öffentlichen durch Umverteilung des Reichtums abzielt. Die Herausforderung besteht darin, an konkrete Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen in den sozialen Dienstleistungen und im Bildungsbereich, Mietenproteste und Auseinandersetzungen um das »Recht auf Stadt«, um kleine Schulklassen, gute Studienbedingungen und gegen die Eliteorientierung, Ökonomisierung und prekäre Arbeit an den Hochschulen anzudocken. Zudem braucht der Kampf um Umverteilung eine neue Sprache. Eine Erfahrung aus der Kampagne »umfairteilen« ist, dass es einen stärkeren Gegnerbezug braucht, eine Mobilisierung, die sich nicht davor scheut, die Reichtumskonzentration bei dem 1% der Superreichen mit anschaulichen Beispielen zu skandalisieren. Mehrheiten für Umverteilung lassen sich da gewinnen, wo konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und eine neue, demokratische Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge konkret werden. Wichtig sind daher ausstrahlungskräftige Projekte vor Ort wie das kostenfreie Kita-Jahr in Thüringen, kostenfreier öffentlicher Nahverkehr, kommunale, sozial gerechte, ökologisch und demokratisch organisierte Energieversorgung über Stadtwerke, die von BürgerInnen-Initiativen und Gewerkschaften mit kontrolliert werden, oder Energiegenossenschaften. Von diesen Erfahrungen ausgehend kann eine gesellschaftliche Zustimmung und Mobilisierung für Umverteilung und ein Zukunftsinvestitionsprogramm organisiert werden.

Ein großes Demokratieprojekt

Die Frage der Demokratie könnte in den nächsten Jahren zu einem wichtigen Bündelungspunkt der verschiedenen Widersprüche des neoliberalen Exportmodells werden. Bei den Protesten gegen die Krisenpolitik, gegen von

Konzerninteressen dominierte Großprojekte wie Stuttgart 21 oder Olympia, gegen neoliberale Stadtpolitik und Privatisierungen steht die Demokratiefrage ebenso im Vordergrund wie bei den Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Energiewende. Ein wichtiger Kristallisationspunkt von Auseinandersetzungen um Gute Arbeit, um das Öffentliche und um die Verteidigung der Demokratie sind die in den letzten Monaten stark gewachsenen Proteste gegen neoliberale Freihandelsabkommen wie TTIP, Ceta und TiSA. Hier könnten sich auch Sollarbruchstellen der Großen Koalition aufbauen, wenn Angela Merkel TTIP in diesem Jahr gegen allen Widerstand durchboxen will und es u.a. über einen Mitgliederentscheid gelingt, den Druck innerhalb der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu erhöhen. Auch der rechte Kulturkampf mit seiner Mischung aus rechter Demokratiekritik und Forderungen nach »direkter Demokratie« zeigt die Dringlichkeit eines linken Demokratisierungsprojekts. Aus einer sozialistischen Perspektive geht es dabei einerseits um die Verteidigung und radikale Ausweitung der politischen Demokratie, andererseits um die Eigentumsfrage, die Demokratisierung der Arbeit, der Wirtschaftsstrukturen und Investitionsentscheidungen.

Demokratie darf der Wirtschaft gegenüber nicht äußerlich bleiben und sich nicht auf Co-Management beschränken. Als LINKE sollten wir die Diskussion um eine erneuerte Wirtschaftsdemokratie als gesellschaftliches Transformationsprojekt zur Überwindung des Finanzmarktkapitalismus verstärkt aufgreifen und konkrete politische Projekte entwickeln. Die Demokratisierung der Arbeitsorganisation muss mit der Forderung nach erweiterten individuellen und kollektiven Rechten verbunden werden. Das geht von individuellen Vetorechten gegen Überforderung und Leistungsstress, Schutz von Whistleblowern, über Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten, bis zum Verbandsklagerecht für Gewerkschaften und den Ausbau des Unternehmensstrafrechtes. Die Frage, was wie von wem und zu welchen Bedingungen produziert wird, gehört ins Zentrum einer gesellschaftlichen Debatte. Ein erster

Schritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie wäre die Einführung von regionalen Wirtschafts- und Sozialräten, wie sie z.B. der 2013 verstorbene Sieghard Bender der IG Metall in Esslingen vorgeschlagen hatte.¹ Linke Politik darf bei der Gestaltung der Zukunft der Arbeit vor den bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnissen keinesfalls haltmachen. Die Stärkung von öffentlichem und genossenschaftlichem Eigentum und von Belegschaftseigenen Betrieben könnten erste konkrete Einstiegsprojekte in eine grundlegende Transformation von Produktion und Arbeit bedeuten. Gerade bei Insolvenzen wie Opel in Bochum oder Schlecker und Karstadt hätte die Weiterführung unter genossenschaftlichem Belegschaftseigentum durchaus eine Alternative zur Schließung von Standorten und dem Abschluss von Sozialplänen sein können.

DIE LINKE sollte sich als demokratische Erneuerungsbewegung gegen die »marktkonforme« Zerstörung der Demokratie verstehen, indem sie für ein umfassendes Projekt der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse eintritt. Die im Zukunftsmanifest von Katja Kipping und mir angesprochenen Einstiegsprojekte der radikalen Umverteilung des Reichtums, für alle zugänglicher und demokratisch gestalteter öffentlicher Güter (Commons), des Kampfes für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, für Verkürzung und Umverteilung der Arbeit, für eine erneuerte Wirtschaftsdemokratie und kommunale Demokratisierung könnten Umriss eines neuen linken Demokratieprojektes, einer anderen Kultur des Wohlstands und einer sozial-ökologischen Transformation bilden.² Es ginge darum, ein neues gesellschaftliches Bündnis zu bilden: gegen die erstarrte große Koalition der Superreichen und neoliberalen Eliten – eine große gesellschaftliche Koalition für soziale Gerechtigkeit, ökologische Zukunftsfähigkeit und wirkliche Demokratie.

¹ Vgl. z.B. www.woz.ch/0938/gewerkschaftskonzepte-von-unten/raete-in-den-zeiten-von-friendly-fire

² Siehe hierzu Bernd Riexinger/Katja Kipping: Die kommende Demokratie. Sozialismus 2.0 (abrufbar unter www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/die-kommende-demokratie-sozialismus-20/).

DIE LINKE muss ihren Gebrauchswert stärken!

Ein Beitrag zur Diskussion

von | Michael Brie und Klaus Lederer



Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen Lenins »Aprilthesen« und jenen von Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost und Alban Werner: In beiden Thesen geht es um die Regierungsübernahme. Nur wollte Lenin diese am Ende ganz für die eigene, die bolschewistische Partei. Lenin setzte mit seinen Thesen den Sozialismus auf die Tagesordnung und forderte den Bruch mit den bürgerlichen und sozialreformistischen Parteien. Die Autoren der »Aprilthesen« von 2015 setzen sich dagegen für einen breit getragenen Richtungswechsel im Bündnis mit SPD und Grünen ein. Sie fordern ein »klares Konzept« und eine »erkennbare Strategie« ein, um auf »zu erwartende Konflikte adäquat ... reagieren zu können«, die sich aus einem solchen Bündnis ergeben würden. Ist es das, »wo wir stehen und was getan werden sollte«?

Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost und Alban Werner (im Weiteren: die Autoren der »Aprilthesen«) setzen voraus, was zu begründen wäre: Regierungswechsel sei Richtungswechsel. Ihre erste These unterstellt, dass

die Vorbereitung auf das (Mit-)Regieren die entscheidende strategische Aufgabe sei: »Regierung ist kein Selbstzweck, aber lustvolles Verharren in der Opposition ist Mist. DIE LINKE muss zielgerichtet aufs Regieren hinarbeiten, immer Politik für den Ernstfall machen.« Sie schreiben, dass die Wählerinnen und Wähler der LINKEN sicher sein müssten: »Eine Stimme für DIE LINKE steht für einen Richtungs- und Regierungswechsel in ihrem Interesse.« Dieses In-eins-Setzen von Wirken für einen Richtungswechsel und Vorbereitung auf einen Regierungswechsel ist jedoch keine Selbstverständlichkeit und darf auch nicht als solche behandelt werden.

Die »Aprilthesen« drohen in eine diskurspolitische Falle zu laufen. Die vertretenen inhaltlichen Positionen können im Kontext der Partei DIE LINKE als bloße Anpassung an SPD und Grüne erscheinen. Dem leistet die zweite These Vorschub, wenn es heißt, dass um des Bündnisses mit SPD und Grünen willen DIE LINKE »von der eigenen Position Abstriche machen« müsse. Damit stehen alle im Weiteren

entwickelten inhaltlichen Vorschläge unter dem Verdacht des »Weichspülens« eigener linker Auffassungen. Dies arbeitet genau jenen zu, die in der einfachen Negation der Auffassungen anderer – jener, die »rechts« von einem sind – das Gütesiegel des Linken sehen, wogegen sich die Autoren der »Aprilthesen« richtigerweise wenden. Sind andere für solide Haushalte oder Wirtschaftspolitik, erscheint Sorglosigkeit um Haushaltsfragen und die Konzentration auf Umverteilung schon als links. Betonen andere die Bedeutung der Europäischen Union, gefallen sich viele »Linke« in deren möglichst scharfer Kritik. Begründen die USA und deren Verbündete ihre imperialen militärischen Interventionen mit den Menschenrechten, so ist von »links« ein Aber zu hören, das nicht

Michael Brie ist Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Feld von Theorie und Geschichte sozialistischer Transformation. *Klaus Lederer* ist rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, seit 2007 Vorsitzender des Berliner Landesverbands von DIE LINKE und seit 2012 Mitglied im Bundesvorstand der Partei; er arbeitet im *Forum demokratischer Sozialismus* mit.

nur die militärische Intervention, sondern die Menschenrechte selbst betrifft.

Die »einfache Negation« herrschender Politik ist aber nicht links, sondern schlicht dumm. Es geht jedoch um intelligente linke Politik. Nur sie kann wirklich etwas bewegen. Das aber bedeutet: Nicht *Abstriche* von der eigenen Position sind gefragt, sondern deren intelligente *Ausarbeitung*. Und dies ist offensichtlich auch gemeint, denn genau dazu leisten die »Aprilthesen« viel. Wir stimmen deshalb auch vielen, ja fast allen inhaltlichen Aussagen zu, wenn es um linke Wirtschafts- und Industriepolitik, Entwicklung eines linken inhaltlichen Projekts von »Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit«, Ausbau der Erziehungsinstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft und der Freiheitspotenziale sowie das entschiedene Eintreten für die Menschenrechte, eine deutliche Orientierung auf ein europäisches Aufbauprogramm und schließlich die Forderung nach substanzieller Untersetzung linker Friedenspolitik geht. Ja, die gesellschaftliche Linke braucht ein Programm eines breit getragenen Richtungswechsels der Politik, und DIE LINKE muss dazu konstruktiv beitragen. Die »Aprilthesen« sind dafür eine gute Grundlage.

Aber noch einmal: Wann eigentlich ist Regierungswechsel wirklich Richtungswechsel? Als die italienische Partito della Rifondazione Comunista 2005 ein Regierungsbündnis der Mitte-Links-Koalition des Olivenbaums unter dem Namen L'Unione eingegangen war, hat dies keinen nachhaltigen Richtungswechsel, sondern die Stabilisierung neoliberaler Politik mit anderen Mitteln eingeleitet und die Partei selbst in eine Existenzkrise gestürzt. Der US-Militärstützpunkt in Venedig, von dem aus die NATO ihre Angriffe auf Serbien flog, wurde trotz massiver ziviler Proteste ausgebaut. Auch die Regierungsbeteiligungen der Kommunisten in Frankreich sind umstritten, anders als Koalitionen auf lokaler und regionaler Ebene. Syriza hat sich solange einer Regierungsbeteiligung widersetzt, wie damit nicht die Konstituierung einer dezidiert *linken* Regierung verbunden war. Aus ihrer Analyse der ersten Teilnahme eines Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung zog Rosa Luxemburg den Schluss:

»Die Ministerschaft Millerands bedeutet ..., weit entfernt, eine neue Ära der Sozialreformen in Frankreich zu inaugrieren, das Aufhören des Kampfes der Arbeiterklasse um soziale Reformen, bevor er noch begonnen hatte, das heißt die Erstickung desjenigen Elements, das einzig der verknöcherten französischen Sozialpolitik ein gesundes modernes Leben einflößen könnte.« (Luxemburg 1900: 57) Es sind solche Fragen, die die »Aprilthesen« ausklammern: Was ist der tatsächliche Gebrauchswert der Partei DIE LINKE, wie kann sie hier und jetzt einen Richtungswechsel der Politik befördern, und auf welche Konflikte muss sie sich dabei strategisch einstellen?

Die Partei DIE LINKE hat sich in ihrem Erfurter Parteiprogramm von 2011 das folgende strategische Ziel gestellt: »Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.« (DIE LINKE 2011: 5) Klar ist, dass es in absehbarer Zeit nur um einen Richtungswechsel von Politik gehen kann – hin zu mehr so-

zialisierung.

VSA: Gegenhegemonie braucht Gegenwissen



Ralf Krämer
Kapitalismus verstehen
Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart
256 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-644-2
Das Buch liefert Grundlagenwissen und Argumente für politisch und gewerkschaftlich Aktive im globalisierten und finanzgetriebenen Kapitalismus.



Halina Wawzyniak
Demokratie demokratisieren
Plädoyers für ein besseres Wahl-, Abgeordneten- und Parteienrecht
200 Seiten | EUR 14.80
ISBN 978-3-89965-645-9
Vorschläge, wie durch mehr Beteiligung der BürgerInnen Demokratie wieder demokratischer und damit lebendiger werden könnte.



Paul Schäfer (Hrsg.)
In einer aus den Fugen geratenden Welt
Linke Außenpolitik: Eröffnung einer überfälligen Debatte
268 Seiten | EUR 24.80
ISBN 978-3-89965-606-0
Globale Gerechtigkeit – ökologischer Umbau – Frieden: dafür gibt es zur Zeit keine Regierungsmehrheiten. Was muss geschehen, damit sie zustande kommen?



Harald Werner
Politische Psychologie des Sozialismus
Die emotionale Seite rationalen Handelns
176 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-652-7
Dass Aufklärung nicht immer dem guten Argument folgt, weiß jede/r. Der Autor geht dem Grund nach und diskutiert politische Bildungsarbeit.



Idee, Realität, Perspektiven
Klaus Ernst in Gesprächen über DIE LINKE
176 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-603-9
DIE LINKE in der Innen- und Außenperspektive prominenter Zeitzeugen aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de.

www.vsa-verlag.de

zialer Gerechtigkeit, zum sozialökologischen Umbau, zur Demokratisierung der Demokratie und zu einer aktiven Politik des Friedens und globaler Solidarität. Schon dies wird einen großen strukturellen Wandel verlangen, der den Finanzmarkt-Kapitalismus schwächt. Der strategische Gebrauchswert der Partei DIE LINKE misst sich, so die Ausgangsthese, daran, inwieweit sie in der Lage ist, einen wirksamen Beitrag zu diesem Richtungswechsel zu leisten. Dies und nicht die Regierungsbeteiligung ist der Ernstfall, Mitarbeit in Regierungen nur eine von mehreren Optionen.

Die Abwertung von Oppositionspolitik ist nur dann sinnvoll, wenn davon ausgegangen werden kann, dass aus der Regierung heraus kurz-, mittel- und langfristig mehr erreicht werden kann. Das aber hängt von konkreten Voraussetzungen ab, die geschaffen werden müssen. Welches sind die wichtigsten Hindernisse, die einem Richtungswechsel der Politik im Wege stehen? Es gibt erstens zu beachtende Kräfteverhältnisse und zweitens institutionelle und europäische Barrieren. Drittens steht die Frage nach dem besonderen Beitrag der Partei DIE LINKE zu einem solchen Richtungswechsel.

Erstens muss auf die parlamentarischen wie gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verwiesen werden. SPD, Grüne wie LINKE stecken in einer strategischen Falle: Seit nunmehr 15 Jahren sind ihre addierten Ergebnisse bei Bundestagswahlen rückläufig (sie sanken seit 1998 von 55 auf 45%), so unterschiedlich dies auch auf Landesebene aussieht. Die Resultate von CDU/CSU, FDP und AfD zusammengekommen sind dagegen im Aufwärtstrend. Die Kräfteverhältnisse von links und rechts bei Bundestagswahlen haben sich seit 1998 umgekehrt, ein Ende ist nicht in Sicht. Während die CDU/CSU über drei oder auch vier Optionen verfügt, ihre Kanzlerinnenmehrheit zu sichern, hat die SPD überhaupt keine mehr. Auf der Regierungsbank kann sie nur noch als Juniorpartner sitzen. Und selbst das liegt nicht in ihrer Hand. SPD und Grüne befinden sich in der babylonischen Gefangenschaft der Merkel-CDU, und DIE LINKE ist auf Bundesebene isolierte Linksopposition.

Seit 1998 sank auch die Wahlbeteiligung von über 82% auf unter 72%. Die

repräsentative Demokratie ist nicht mehr repräsentativ. Während in den Vierteln der Gutbetuchten, der oberen Mittelschichten in Berlin-Dahlem, Hamburg-Nienstedten oder im Münchener Westen die Beteiligung an den Bundestagswahlen bei 80 oder sogar knapp 90% lag, erreichte sie in den so genannten Problemvierteln mit hohem Anteil von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Personen mit niedrigem Schulabschluss nur 50% (Bertelsmann-Stiftung 2013), in Bremen sank die Beteiligung an den letzten Wahlen in diesen Vierteln im Mai 2015 sogar auf 20%. Die Nichtwähler entstammen in ihrer großen Mehrheit eben nicht der Mitte der Gesellschaft. Wählen hat einen Klassenbias erhalten (Kahrs 2012). Dies aber begünstigt die liberal-konservativen Parteien (Arnold/Freier 2015). Aus diesen Feststellungen lassen sich drei strategische Schlussfolgerungen ziehen:

- Die Tatsache, dass viele Bürgerinnen und Bürger gar keine linke regierungsfähige Mehrheit sehen, stärkt die liberal-konservativen Parteien. Insofern haben die Autoren der »Aprilthesen« Recht, dass diese Blockade überwunden werden muss, um einen Richtungswechsel einzuleiten. Ihre Thesen sind ein wesentlicher Beitrag dazu.
- Die oberen Mittelschichten und jene, die sich irgendwie recht gut im Kampf gegen den Abstieg behaupten, haben zwei Optionen: Sie können dem Aufstiegsversprechen eines entfesselten Wettbewerbs folgen (Deutschlands in Europa und der Welt und der eigenen Position auf dem Arbeitsmarkt). Dann werden sie die Politik von Angela Merkel unterstützen. Oder sie setzen auf ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis (Brie 2007), das die Entwicklungsmöglichkeiten für große Mehrheiten vor allem im Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, einem offensiven sozialökologischen Umbau, gestützt durch eine rot-grüne Industriepolitik, sieht. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass die gegenwärtige neoliberale Politik die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik wie in Europa in Gewinner und Verlierer spaltet, eine dezidiert andere Politik aber besser *für alle* ist (siehe aus dem Umfeld der

SPD Klar et al. 2013). Plump formuliert: Solidarität rechnet sich! Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit einer kooperativen Politik gegenüber den Gewerkschaften, aber auch gegenüber dem Mittelstand und selbst vielen Großunternehmen. Konkrete lokale wie regionale Projekte können den praktischen Einstieg ebnen. Noch aber fehlen überzeugende Beispiele.

- Gerade die Partei DIE LINKE, aber auch SPD, Gewerkschaften und soziale Initiativen müssen sich vehement dafür einsetzen, dass jene, die von den negativen Folgen der gegenwärtigen Politik besonders betroffen sind, gesellschaftlich wie politisch aktiv werden. Natürlich haben die Autoren der »Aprilthesen« recht, dass der Kampf gegen die Proletarisierung von rund 20% der Beschäftigten durch Outsourcing, Dequalifizierung, unsichere Arbeitsverhältnisse, den Zwang zur Kombination von Minijobs usw. *allein* nicht ausreicht, um eine gesellschaftsverändernde Kraft zu werden, aber *ohne* diesen Kampf gibt es keinen linken Richtungswechsel. Es ist richtig, dass für DIE LINKE die moderne Arbeitswelt »bisher eher unbekanntes Land« ist. Dazu gehören aber nicht nur die Arbeitsverhältnisse im Bereich der Industrie 4.0, sondern auch die Verhältnisse des digitalen wie des Dienstleistungsproletariats (siehe als »Pflichtlektüre« Bahl 2014; Staab 2014; Strube 2015). Die dort Verorteten sind kaum noch Wählerinnen und Wähler, und noch viel seltener sind sie als Parteimitglieder aktiv oder in sozialen und politischen Initiativen tätig.

Eine zweite Bemerkung: Selbst vorausgesetzt, dass die gesellschaftlichen wie politischen Kräfteverhältnisse deutlich verändert werden (und sei es durch unerwartete Ereignisse), müssen wir die starken institutionellen Barrieren für einen Richtungswechsel beachten: Schuldenbremse, Verfassungsrahmen und -interpretation des Bundesverfassungsgerichts, Bundesratsmehrheiten... Vor allem aber müssen wir bedenken, dass die Bundesrepublik zutiefst in die Europäische Union, die Eurozone und die NATO eingebettet ist. Eine linksorientierte Regierung

kann die »Macht« der Bundesrepublik nicht gegen andere offensiv ausspielen, ohne Vertrauen zu zerstören; sie muss Verträge achten, Befindlichkeiten gerade auch der östlichen Partner im Sicherheitsbereich sehr, sehr ernst nehmen. Dies aber bedeutet, dass selbst die »Aprilthesen« durchaus noch Illusionen erzeugen können, was in ersten Schritten und einer Legislaturperiode möglich oder nicht möglich ist: Ein Verbot aller Rüstungsexporte nach Israel z.B. oder der Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO gehören bestimmt nicht zu den Optionen eines Koalitionsvertrages. Eher wird es darum gehen, Einstieg in neue Möglichkeiten zu schaffen, wie dies die Regierung von Willy Brandt mit den Ostverträgen vorgemacht hat. Auch eine umfassende europäische »Solidarunion«, wie in den »Aprilthesen« gefordert, wird es kaum geben. So richtig die deutliche Erhöhung des Haushalts der EU wäre, sie ist in absehbarer Zeit nicht durchsetzbar. Eher wäre die Nutzung der Formen einer verstärkten Zusammenarbeit der »Willigen« möglich.

In all diesen Fragen müssen wir nicht von richtigen Positionen abweichen, sondern diese überzeugend entwickeln. Aber es muss vorher klar sein, was davon im ersten Schritt durchsetzbar ist und was nicht. Dies alles aber bedeutet für eine Partei wie DIE LINKE, dass sie keinesfalls auf eine Regierungspartei reduziert werden darf. Zu oft geschah es schon auf Landesebene, dass die Fähigkeit zum eigenständigen politischen Agieren außerhalb der Regierung im gleichen Maße verschwand, wie das Arbeiten in einer Regierung stabilisiert wurde. Damit wird der strategische Gebrauchswert gerade einer linken Partei zu sehr eingeengt.

Drittens: Die »Aprilthesen« formulieren vor allem die Konturen eines möglichen übergreifenden Konsenses von SPD, Grünen und DIE LINKE sowie wichtigen gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen. Dabei wird der spezifische Beitrag der LINKEN an den Rand gedrückt. Dies hat einen guten Grund: Parteipolitisch ist DIE LINKE die einzige Formation, die als Ganze auf einen solchen Richtungswechsel setzt. In den anderen Parteien ist diese Position gegenwärtig marginal (siehe jüngst aus der Grünen-Bundes-

tagsfraktion Dröge/Kindler 2015). DIE LINKE steht damit vor der Aufgabe, durch eigene Angebote die anderen intellektuell und programmatisch herauszufordern (beispielhaft dazu Bundestagsfraktion DIE LINKE 2012). Es entsteht die Versuchung, zu einer Art Gesamtlinken zu werden, die gleich auch noch die Aufgaben von SPD und Grünen mit übernehmen will. Dabei kann die eigene Spezifik und die eigene unmittelbare Aufgabe vernachlässigt werden. Das schlägt sich dann auch in den »Aprilthesen« nieder. Die Betonung einer ökologisch orientierten Industriepolitik ist richtig. Was aber fehlt, ist das Primat auf den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge als wichtigste Grundlage gleicher Teilhabe an den Grundgütern eines freien Lebens. DIE LINKE muss auch weiterhin Fortschritt und Freiheit vor allem von den Werten der Gerechtigkeit und Solidarität her deklinieren. Das ist ihr Markenzeichen.

Auch in anderen Fragen muss die eigene Spezifik klar sein. In den »Aprilthesen« gibt es zum Beispiel ein Bekenntnis zum Wachstum (»auf absehbare Zeit«) und zur Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Reichtums, der offensichtlich vor allem am Bruttosozialprodukt gemessen wird – eine Differenzierung bleibt aus. Weder wird John Stuart Mills oder Keynes' Perspektive einer Postwachstumsgesellschaft aufgegriffen noch das im Bruttosozialprodukt gemessene Wachstum ganz unter den Imperativ des sozialökologischen Umbaus gestellt und mit dem Schrumpfen von größeren hochenergieintensiven Sektoren verbunden (Dellheim 2010; Klein 2011). Im »Grau in Grau« breiter Bündnisse bleibt dann vom roten Faden nur wenig sichtbar.

Die »Aprilthesen« sind ein wichtiger Aufschlag in einer ausstehenden Diskussion der gesellschaftlichen wie politischen Linken, vor allem aber in der Partei DIE LINKE selbst. Die nächsten Monate müssen intensiv genutzt werden – jenseits der Frontlinien im »innerlinken Stellungskrieg«. Wir brauchen realistische Antworten über Möglichkeiten, Chancen, Restriktionen und vor allem über das, was wir heute und in absehbarer Zeit tun können, um den mehr als überfälligen Richtungswechsel der deutschen und EU-Politik zu befördern. Auch dadurch, dass die

Perspektive einer linken Regierung, einer Regierung des Richtungswechsels, in Deutschland vorbereitet wird.

Literatur

- Arnold, Felix/Freier, Ronny (2015): *The Partisan Effects of Voter Turnout: How Conservatives Profit from Rainy Election Days*, Berlin: DIW Berlin
- Bahl, Friederike (2014): *Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft*, Hamburg Bertelsmann-Stiftung (2013): *Wahlbeteiligung 2013*, abrufbar unter: www.wahlbeteiligung2013.de/
- Brie, Michael (2007): *Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten*, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuchemäker, Meinhard (Hrsg.): *Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin, 13-45
- Bundestagsfraktion DIE LINKE (2012): *Plan B. Das rote Projekt für einen sozialökologischen Umbau*, abrufbar unter: www.linksfraktion.de/themen/plan-b/
- Dellheim, Judith (2010): *Statt »pro oder contra Wachstum« den sozialökologischen Umbau einleiten!* Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_27-2010.pdf
- DIE LINKE (2011): *Programm der Partei DIE LINKE*, abrufbar unter: www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/
- Dröge, Katharina/Kindler, Sven-Christian (2015): *Der ökologische Umbau der Wirtschaft geht nur sozial*, abrufbar unter: www.sven-kindler.de/sites/default/files/oekologischer_umbau_geht_nur_sozial_droege_kindler_final_o.pdf
- Kahrs, Horst (2012): *Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Klar, Erik/Lindner, Fabian/Šehovič, Kenan (2013): *Das Neue Magische Viereck nachhaltiger Wirtschaftspolitik. Maßnahmen zur Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands in der neuen Legislaturperiode*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Klein, Dieter (2011): *Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt künftiger Transformation*, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_16-2011.pdf
- Luxemburg, Rosa (1900): *Die sozialistische Krise in Frankreich*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.2, Berlin, 5-73, abrufbar unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1903/03/marx1.htm
- Staab, Philipp (2014): *Macht und Herrschaft in der Servicewelt*, Hamburg
- Strube, Sebastian (2015): *Die Entstehung des digitalen Prekariats. Reihe Standpunkte der RLS*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, abrufbar unter: www.rosalux.de/publication/41083/die-entstehung-des-digitalen-prekariats.html

Realpolitik und utopisches Potenzial

DIE LINKE braucht beides auf dem Weg in die Zukunft

von | Susanne Hennig-Wellsow

Die Partei DIE LINKE habe ihren »Strategischen Anker« verloren, diagnostizierten Katja Kipping und Bernd Riexinger im November 2013.¹ Der Slogan »Hartz IV muss weg!« und die Anti-Agenda-2010-Politik seien in der Gründungsphase der LINKEN wichtige Anker gewesen, die aber heute nicht mehr funktionieren würden. Die politische Bewegung gegen die Agenda 2010 habe sich erschöpft – und damit auch deren Kommunikations- und Politikformen. Kipping und Riexinger machten mit ihrem Papier »Verankern, verbreiten, verbinden – Projekt Parteientwicklung« relativ kurz nach der Bundestagswahl 2013 den Aufschlag zu einer wichtigen Debatte zur künftigen Parteientwicklung.² Inzwischen hat die

Diskussion Fahrt aufgenommen. Mit der »Linken Woche der Zukunft« im April 2015 in Berlin fand sie einen vorläufigen inhaltlichen Höhepunkt und wurde mit Menschen aus unterschiedlichen Strömungen und theoretischen Traditionen in- und außerhalb der Partei geführt. Auch die Zahl der Diskussionspapiere zur Zukunft der LINKEN nimmt zu.

Fehler kann man in Regierung und Opposition machen

Mit ihren »Aprilthesen« reihen sich Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost und Alban Werner in diese Diskussion ein und binden sie realpolitisch zurück an eine Debatte um

Rot-Rot-Grün (r2g) und eine andere Wirtschaftspolitik. In Thüringen hat DIE LINKE in den letzten Jahren zur Vorbereitung auf den möglichen Einstieg in eine Landesregierung die Debatte um r2g intensiv geführt und wird sie auch in Zukunft mit Mitgliedern und SympathisantInnen sowie Vertre-

Susanne Hennig-Wellsow ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

¹ Katja Kipping/Bernd Riexinger: Verankern, verbreiten, verbinden – Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, Berlin 2013 (www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden).

² Mein Kommentar zu dem Papier von Kipping/Riexinger: Mehr Selbstbewusstsein!, in: Luxemburg, Nr. 1/2014, S. 104ff.



terInnen von Gewerkschaften, Verbänden und BürgerInnen weiter führen. Die Diskussionen um die Beteiligung und Führung von Regierungen durch DIE LINKE sind sehr »realpolitische« Debatten – auf den ersten Blick scheinbar weit weg von Diskussionen, wie sie auf der »Linken Woche der Zukunft« geführt wurden. Aber eine realpolitische Intervention, wie es die »Aprilthesen« sind, in die Debatte um linke Zukunftsvorstellungen ist sinnvoll. Utopische Gedanken und transformatorische Impulse werden in der gesellschaftlichen Linken allzu häufig vom realen politischen Feld abgespalten. Transformation und r2g scheinen entgegengesetzte Überlegungen zu Grunde zu liegen. Das Nachdenken über sinnvolle Strategien in diesen Feldern bleibt voneinander separiert.

Da ist es wenig verwunderlich, dass Michael Brie linke Regierungsbeteiligungen so bilanziert, dass »positiven Einzelergebnissen [...] bisher zumeist die Unfähigkeit gegenüber [steht], eine stabile gegenhegemoniale Formation zu schaffen, die den Neoliberalismus in seinen Grundelementen herauszufordern und einen stabilen Pfad

der Transformation einzuschlagen vermag«. ³ Oberflächlich betrachtet könnte darauf eine Kritik aufbauen, die Landesverbänden unserer Partei wegen ihrer Regierungsbeteiligung vorwirft, nicht über die Funktionsweise des bürgerlichen Staates nachzudenken und zu glauben, dieser könnte ganz einfach in ihrem Sinne gebraucht werden. Unmöglich seien Regierungsbeteiligungen zumal, da sie sich auf den derzeitigen Kurs von SPD und Grünen stützen müssten. Letztlich betreibt eine solche Haltung nur das Aufwärmen alter Konfliktmuster und reproduziert ein »Fundis versus Realo«-Schema, das kaum von innerparteilicher Debattenkultur zeugt und zu gern in den Medien und der öffentlichen Debatte aufgegriffen und befördert wird.

Bewegung kommt aber in bekannte Debatten-Muster, wenn die Anregung von Michael Brie anders verstanden wird – eben so, wie er es meint: Als Verantwortung verschiedener Perspektiven in der LINKEN, an einer Perspektive der Transformation der Gesellschaft zu arbeiten, aber auch an einer Realpolitik, die gesellschaftliche Linke und Partei zusammenbringt. An

deren Fortschritt müssen sich dann Regierungs- wie Oppositionsphasen messen lassen. Dabei ist es möglich, dass beides stimmt: Dass sich nämlich trotz ihrer Rolle in der Opposition durch DIE LINKE »seit 2005 vieles zum Schlechteren entwickelt hat« (so die Autoren der »Aprilthesen«) und sich zugleich »die Vorstellung, dass (Mitte-)Linksregierungen notwendig oder auch nur im Regelfall progressive Politik nach sich ziehen«, ⁴ als falsch erweisen kann.

DIE LINKE darf sich, Brie folgend, in Regierungsverantwortung nicht allein im Klein-Klein der Verbesserung im Hier und Jetzt bewegen. Sie muss auch konkrete Alternativen eröffnen oder zumindest sehr klar machen, dass sie eine Politik betreibt, die auf Alternativen hinarbeitet: Rekommunalisierungsprojekte und Genossenschaften im Sinne einer solidarischen Ökonomie, Stopp der bisherigen Geheimdienstpraxis, humane Flüchtlingspolitik und Abschiebestopp oder die Förderung erneuerbarer Energien im Sinne eines sozial-ökologischen Wandels zum Beispiel. In unserem Koalitionsvertrag »Thüringen gemeinsam

Hilfe für Sozialismus? Von den »Institutionen«: Nein danke! Von LeserInnen: Ja bitte!

Unterstellen wir einmal, die Zeitschrift würde Hilfskredite der ehemals »Troika« genannten »Institutionen« in Anspruch nehmen können – was eher unwahrscheinlich ist –, würden wir diese wegen der bekanntlich mit solchen Zuwendungen verbundenen Auflagen und Verpflichtungen doch eher meiden. Denn wir wollen auch weiterhin die publizistische Unabhängigkeit wahren und die Aktivitäten von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Union kritisch beleuchten.

Aber da ohne Rückgriff auf Spenden in Höhe von ca. 25.000 Euro die Zeitschrift auch im 42. Jahr leider nicht realisiert werden kann, bitten wir darum, dies durch eine finanzielle Zuwendung weiterhin möglich zu machen. Wir verpflichten uns im Gegenzug gern, mit der monatlichen Printausgabe und den aktuellen Beiträgen auf der Website auch in Zukunft fundiertes Zusammenhangwissen und Deutungsangebote zu veröffentlichen.

Konto Richard Detje-Euscher | IBAN: DE28 2005 0550 1268 1209 77 | BIC: HASPDEHHXXX

Wir bedanken uns im Voraus für alle kleinen und großen Spenden recht herzlich!

voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch«⁵ haben wir solche Vorhaben vereinbart und festgehalten. Im Idealfall vermittelt DIE LINKE in Regierungen ein Leitbild: »Wir regieren zugunsten der Mehrheit, auf Kosten der Privilegien einiger Weniger«,⁶ so sagen es zum Beispiel die GenossInnen in der baskischen Regionalregierung von Gipuzkoa. Nicht genau so, aber ähnlich einfach vermittelbar muss der Regierungsanteil der LINKEN sein. Linker Populismus ist nicht nur etwas für Oppositionszeiten.

In der Opposition immer nur Recht haben zu wollen, hilft weder sozialen Bewegungen noch der Hegemoniefähigkeit transformatorischer Politik. »Regieren ist kein Selbstzweck, aber lustvolles Verharren in der Opposition ist Mist«, bringen es Recht/Schäfer/Troost/Werner in ihren »Aprilthesen« auf den Punkt. Auch in der Opposition muss sich DIE LINKE daran messen lassen, ob sie im gesellschaftlichen Diskurs wie im praktischen Alltag der Menschen deren Lebensbedingungen verbessert und transformatorische Politik befördert. Steht sie im Alltag an der Seite der Menschen? Wirkt sie aktivierend und organisierend oder fördert sie Passivität der Menschen? Eröffnet und entwickelt sie diskursive und praktische Spielräume für gesellschaftliche Alternativen? Gehen in Oppositionsphasen Ressourcen einer parlamentarischen Partei in soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft oder zieht sie dort eher Personal ab? Dies sind nur einige Fragestellungen zum Verhältnis, das die Partei in der Opposition zu transformatorischer Politik einnehmen kann. Sie würde gut daran tun, Debatten über Zukunft und Transformation auch in »Politik für den Alltag« zu übersetzen beziehungsweise nach bereits vorhandenen Übersetzungen in den Praxen sozialer Bewegungen und anderer Akteure zu suchen – egal, ob in Regierung oder der Opposition.

Eine solche Suchbewegung wird dadurch erschwert, dass DIE LINKE ohne SPD und Grüne in absehbarer Zukunft kaum solche Praxen umsetzen kann. Das Interesse an gesellschaftlicher Transformation in diesen Parteien ist jedoch begrenzt. r2g ist oft ein »Anti«-Bündnis, das konservative parlamentarische Mehrheiten und Regierungen verhindern soll. »Eine Mobili-

sierung für positive Ziele ist meistens schwieriger als jene zur Verhinderung von Verschlechterungen«, stellen Recht/Schäfer/Troost/Werner fest. Dies gilt besonders für transformatorische Politik. Und darum muss sie vorbereitet werden. Kontinuierliche und vertrauensvolle außerparlamentarische Zusammenarbeit mit SPD und Grünen und ihren Milieus, wie Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände, ist zur Vorbereitung notwendig und kann dann auch zu dem ein oder anderen gemeinsamen parlamentarischen Projekt führen. In Thüringen haben wir die Erfahrung gemacht, dass r2g ohne die bestehende jahrelange Zusammenarbeit der drei Parteien mit gemeinsamen Bündnispartnern in den Bereichen Antifaschismus, mehr Demokratie oder für bessere Kitas und Schulen sowie die Kooperationen in zahlreichen Kommunalparlamenten eine Koalition auch mit dem besten Ergebnis der LINKEN bei Landtagswahlen nicht erfolgt wäre. Grundbedingung war das in konkreter Zusammenarbeit gewachsene Vertrauen an der Basis und die gemeinsamen politischen Positionen bei sehr praktischen Fragen – von der Gemeinschaftsschule über die Energiewende, Gute Arbeit bis hin zu einem sozialeren Thüringen. Sich auf einen gemeinsamen politischen Prozess einzulassen, schafft die Voraussetzung für Koalitionen. Ihn dagegen nachholen zu wollen, weil rechnerische Mehrheiten taktisch attraktiv scheinen, kann wirkliche Transformation behindern. Dann scheint es unwahrscheinlich, über »positive Einzelergebnisse« hinaus zu kommen.

Was ist der politische Kern von r2g im Bund?

In den »Aprilthesen« schlagen deren Autoren eine inhaltliche Bestimmung des Prozesses vor, der um den Begriff solidarische Ökonomie kreist, und ergänzen diesen um Bürgerrechte und Demokratie. Eine alternative Wirtschaftspolitik könne ein r2g-Projekt begründen. Durch die Verbindung von Umverteilungspolitik mit einer modernen Industriepolitik, makroökonomischer Steuerung und mit dem ökologischen Umbau zu einem »Green New Deal« hoffen sie, die unterschiedlichen Schwerpunkte der drei Partner zusam-

menbinden zu können und durch Demokratisierung und Bürgerrechte eine alternative Vision der Gesellschaft beizugeben. Zu Recht verweisen sie dabei darauf, dass DIE LINKE bewusst im digitalen Zeitalter und seinen Arbeits- wie Lebensstilen ankommen muss. Jenseits des Fordismus und des Neoliberalismus zu denken, bedeutet natürlich auch, Technikfeindlichkeit auszuschließen und die Freiheitsgewinne zu akzeptieren, die Arbeiten und Leben jenseits der patriarchalen Kleinfamilie und des »9 to 5«-Arbeitsverhältnisses hat. Das Normalarbeitsverhältnis wird zwar von vielen LohnarbeiterInnen weiter ersehnt. Diese Sehnsucht bezieht sich aber auf das Normalarbeitsverhältnis als Ort sozialer Absicherung, nicht als Modell für die eigene Arbeits- und Lebensgestaltung. Daher ist Recht/Schäfer/Troost/Werner zuzustimmen, dass DIE LINKE sich von nostalgischen Momenten lösen muss, um auch höherqualifizierte urbane Gruppen moderner Dienstleistungen und der Hightechindustrie anzusprechen.

Allerdings habe ich Bedenken, ob das vorgeschlagene Projekt wirklich Grundlage eines r2g-Bündnisses als linkes Projekt mit transformatorischen Vorstellungen sein kann. Eine offene Baustelle bleiben die unterschiedlichen Demokratievorstellungen. Der Demokratiebegriff der SPD ist bei weitem nicht so ausgedehnt und freiheitlich wie bei der LINKEN. So sind beispielsweise die in Thüringen erreichte Abschaltung von Geheimdienst-Spitzen oder der Winterabschiebestopp bei den SozialdemokratInnen keineswegs selbstverständlich und unum-

³ Michael Brie: Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion, in: Ders./Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin 2006, S. 100.

⁴ Raul Zelik: Emanzipation und Reformpolitik. Was könnte sich ändern unter Rot-Rot-Grün? Elf Thesen zu Mitte-Links-Regierungen in Thüringen und anderswo, in: Neues Deutschland vom 1.6.2014 (www.neues-deutschland.de/artikel/934624.emanzipation-und-reformpolitik.html).

⁵ DIE LINKE Thüringen/SPD Thüringen/Bündnis90/Die Grünen Thüringen: Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch, Erfurt 2014 (www.die-linke-thueringen.de/fileadmin/LV_Thueringen/dokumente/r2g-koalitionsvertrag-final.pdf).

⁶ Damit der Ruf nach Unabhängigkeit laut wird. Interview mit Hasier Arraiz, 1.3.2015 (www.info-baskenland.de).

stritten. Und die Demokratiebegriffe von Grünen und LINKEN unterscheiden sich etwa in der Frage der sozialen Demokratie, wie zum Beispiel das sklavische Festhalten der Grünen an der Schuldenbremse zeigt. Diese Unterschiede sagen vor allem etwas über innerparteiliche Kräfteverhältnisse der Partner aus und sind letztlich Ausdruck eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, das gerade nicht nach links tendiert. Sicher gestalten wir als DIE LINKE diese gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit und man kann darauf hinweisen, dass der Vorschlag eines gemeinsamen Projekts von links erst die Bedingung für eine Änderung der Kräfteverhältnisse ist. Die Frage ist nur: Ist dies eine hinreichende Bedingung?

In den »Aprilthesen« beantworten ihre Autoren diese Frage durch Verweis auf die technische Entwicklung positiv. An den Gedanken anzuknüpfen, man müsse sich dabei auf der Höhe der Entwicklung der Produktivkräfte befinden und die eigene Vision daran anpassen, ist etwas, das in der gesellschaftlichen Linken sicher kaum noch passiert – und ist daher eine angenehme Akzentsetzung gegen die Technikfeindlichkeit einiger linker Milieus. Die Technikbezüge in den »Thesen« setzen jedoch zu stark auf deren Faszination und zu wenig auf den Gebrauchswert, der der technischen Entwicklung zugesprochen werden kann. Schlagwörter wie Industrie 4.0 wirken ein wenig wie eine Beschwörung neuer Möglichkeiten und vergessen die sich daraus ergebenden neuen Zwänge. Technik wird nicht in Kräfteverhältnissen situiert, sondern eine eigene gesellschaftliche Dynamik zugesprochen.

So scheint mir ein r2g-Projekt zu unpolitisch gedacht. Wessen Interessen werden hier aufgegriffen? Welche gesellschaftlichen Gruppen verbinden sich damit? Wo liegt der Punkt der Intervention, um die Kräfteverhältnisse verschieben zu können? Warum sollten die Bündnispartner so etwas mitmachen? Und schließlich darf man die psychologische Komponente nicht vernachlässigen: Wieso sollen sich SPD und Grüne auf ein solches linkes Projekt ohne Druck etwa durch soziale Bewegungen einlassen? Wer versichert einer wahlpolitisch in den letzten 15 Jahren immer wieder dezi-

mierten SPD, dass sie bei einem solchen Projekt gewinnt und nicht verliert? Und was macht es den Grünen schmackhaft, deren Optionen sich durch Schwarz-Grün gerade erweitern, sich wieder nach links zu binden und so möglicherweise bürgerliches Klientel zu verprellen? Das sind reale Probleme, die ungeklärt bleiben.

Blick über den bundesdeutschen Tellerrand

Der Blick jenseits der Grenzen parlamentarischer Konstellationen in der Bundesrepublik rückt weitere Probleme in den Blick. 2008/09 schien das Modell eines »Green New Deal« realpolitisch greifbar. Die Krise des Kapitalismus schien neoliberal inspirierte Wirtschafts- und Sozialpolitik delegitimiert zu haben. Ungefähr zum selben Zeitpunkt war die ökologische Krise und Energiekrise so offensichtlich, dass international darüber diskutiert wurde, welche Folgen Klimawandel und »Peak Oil« haben würden. Gedanken zu einer Postwachstums-gesellschaft hatten Konjunktur. Unter anderem die Regierung von Barack Obama diskutierte unter dem Schlagwort »Green New Deal« offen über Alternativen, um den globalen Kapitalismus quasi »von links« zu retten. Auch in Europa waren viele bereit, über eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik nachzudenken – vielleicht auch aus Angst vor möglichen sozialen Unruhen.

Doch seit dieser Phase der Unsicherheit hat sich der Neoliberalismus wieder konsolidiert, seine Akteure haben sich vom ersten Krisenschock erholt und die Industriestaaten sich zu einer Verstaatlichung privater Schulden und dem Schutz der eigenen Exportindustrie entschlossen. In der Folge kamen neoliberale Akteure wieder in die Offensive. Die Eliten haben sich mithilfe der europäischen Staaten und Institutionen – zulasten der Prekären, Armen und vor allem der Menschen im globalen Süden und in Südeuropa – aus dem Sumpf gezogen. Die Energiekrise scheint durch neue Fördermöglichkeiten erstmal aufgeschoben. Die kapitalistische Verwertung wurde zumindest in kurzer Frist gefixt.⁷ Keine Regierung, kein Generalstreik und keine Demonstration hatte

der austeritätspolitischen Brechstange bisher etwas ernsthaft entgegenzusetzen. Für das neoliberale Projekt hat sich gezeigt, dass es auch ohne soziale Zugeständnisse auskommt. Der gesellschaftliche Schock der Verarmung vieler und der gesellschaftliche Einschluss weniger – etwa in der Bundesrepublik – hat sich als effektiv bei der Passivierung der Bevölkerung erwiesen. Das Diskursfenster »Green New Deal« als Brücke zu Grünen und SPD hat sich eigentlich schon vor Jahren geschlossen.

Fazit

Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis argumentiert, eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik sei erstmal für eine Atempause zur Rettung der Demokratie notwendig. Angesichts rechter Strömungen in Europa und rassistischer Hetze in Deutschland in dieser immer noch unbewältigten, nur temporär stabilisierten Krisensituation kann man dem nur zustimmen. Will man transformatorische Politik und Realpolitik zusammenführen, liegt die Betonung darauf, dies zu tun, »damit wir Zeit bekommen, um eine Alternative zu formulieren«.⁸ Also erst einmal sozialstaatliche Sicherung herstellen und im zweiten Schritt postkapitalistische Praxen beginnen. Dieses »Erst einmal« darf allerdings nicht nur zeitlich verstanden werden, sondern auch im Sinne einer Prioritätensetzung. Transformatorische Projekte für eine postkapitalistische Gesellschaft müssen neben realpolitischen Notwendigkeiten jetzt begonnen werden. SYRIZA versteht dies schon lange und ihre Unterstützung der Selbstorganisation der Gesellschaft in der Krise ist Ausdruck davon. Von einer solchen Praxis können wir lernen. Transformatorische Politik für den Alltag als Aufgabe für Linke in Regierung und Opposition: Das wär's doch!

⁷ Beverly Silver spricht von zeitlichen und räumlichen Gleichgewichten (spatial and temporal fixes), die das Kapital aufgrund seiner Grenzen durch die Kämpfe der ArbeiterInnen immer wieder neu herstellen muss. Gleiches gilt auch für die ökologischen Grenzen – vgl. Beverly J. Silver: Forces of Labour. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin/Hamburg, 2005.

⁸ Yanis Varoufakis: Rettet den Kapitalismus!, in: WOZ – Die Wochenzeitung vom 26.2.2015 (www.woz.ch/-5a79).

»Maithesen« aus Bremen

von | Kristina Vogt



Unter dem Eindruck der Bremer Landtagswahlen vom 10. Mai 2015 programmatische Ausblicke auf die zukünftige Arbeit der Linkspartei zu erstellen, ist vielleicht etwas gewagt, aber dennoch nicht unmöglich. Der Wahlausgang ist trotz aller landesspezifischen Eigenheiten nicht losgelöst von der bundesweiten Entwicklung zu betrachten: Das bürgerliche Lager wächst, ohne dass die CDU wirklich hinzugewinnen kann, rechtskonservative bis rechtspopulistische Parteien gewinnen Protestwähler, SPD und Grüne verlieren. Dass DIE LINKE fast die 10%-Marke knacken kann, kann man der Stadtstaatensituation zuschreiben, dies würde aber zu kurz greifen.

Bremen hat seit Ende der 1970er Jahre, so wie der gesamte Nordwesten und weite Teile Nordrhein-Westfa-

lens, durch die Deindustrialisierung einen massiven Umbruch erfahren. In der Folge gab es nicht nur einen dramatischen Anstieg der Erwerbslosenquote und sinkende staatliche Einnahmen, sondern letztendlich durch die steigenden Sozialkosten auch höhere Ausgaben. Der Strukturwandel ist in diesen Regionen nicht gelungen. Landesprogramme für einen Strukturwandel waren isoliert betrachtet sämtlich zum Scheitern verurteilt. Sozialdemokratisch geprägte Programme der 1980er Jahre, die darauf setzten den öffentlichen Sektor auszuweiten, um Erwerbslose zu versorgen, verlagerten Probleme nur in die Zukunft. Das anschließende neoliberale Gegenprogramm, öffentliche Investitionen in Großprojekte zu tätigen, zeitgleich weite Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu privatisieren und

einen gnadenlosen Personalabbau zu betreiben, verschlangen Unsummen öffentlicher Gelder und sorgten für einen nur noch eingeschränkt handlungsfähigen Staat.

Um linke Handlungsfelder in Bremen zu verstehen, muss man die Situation kennen: Der höchsten öffentlichen Verschuldungsquote, höchsten Armutsquote, größten Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft und höchsten Leiharbeitsquote stehen die zweitgrößte Millionärsquote und der zweitgrößte Wirtschaftszuwachs gegenüber. In den letzten vier Jahren ist es uns gelungen, eine pragmatische, sach- und lösungsorientierte,

Kristina Vogt ist Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin ihrer Fraktion für Bildung und Wissenschaft, Inneres, Medien, Datenschutz, Internationales.

aber im Kern stets linke Politik zu betreiben, die angekommen ist. Und dies trotz einer Sanierungsvereinbarung, die Bremens Handlungsfähigkeit seit 2010 massiv einschnürt. Unser »Markenkern« war angesichts der massiven sozialen Spaltung des Bundeslandes stets die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Welche Folgerungen ergeben sich aus einer Situation, in der in Deutschland und Europa Gesellschaften erodieren, das rechte Lager stärker wird, gesellschaftliche und demokratische Beteiligung zusehends nur noch für die bürgerliche Mitte gilt? Man muss auch im Westen festhalten: DIE LINKE wird nicht mehr aus Protest gewählt, sondern aus Überzeugung. Das Wählerlager ist dabei tief gespalten: Die einen wollen, dass wir Stachel im Fleisch der anderen bleiben, die anderen wollen, dass wir mitregieren. So oder so hat sich die Anspruchshaltung verändert: Wir sollen Lösungen bieten. Und genau hier liegt das strategische Dilemma der Linkspartei. Es gibt zwei aus linker Sicht überhöhte Erwartungen, die noch nie richtig hingehauen haben: Die Verelendung der Menschen führt nicht zwangsläufig dazu, dass sie grundsätzliche Kritik an den Verhältnissen üben. Die Beteiligung der Menschen an einem ausreichenden ökonomischen und gesellschaftlichen Wohlstand aber eben auch nicht.

DIE LINKE als Gesamtpartei weicht diesem Konflikt überwiegend aus und vergibt so wertvolle Zeit. Der Er-

folg einer linken Politik in Bremen lag darin, dass wir zum einen die Lebenslagen der Menschen aufgegriffen und in parlamentarische Initiativen umgesetzt haben. Zum anderen haben wir aber stets im Dialog mit denjenigen gestanden, die von politischen Entscheidungen des Bremer Senats betroffen waren, und sie dazu ermuntert, selber aktiv zu werden. Und wir haben zugehört und auf den typisch linken Reflex des »Besserwissens« weitgehend verzichtet. Es ist einfacher, im Dialog oder Streit Umverteilung konkret zu erklären, wenn man das Wort Umverteilung dabei gar nicht in den Mund nimmt.

Bündnisse suchen bedeutet aber nicht nur, sich auf die Menschen zu beschränken, die sich im Widerstand oder Protest befinden, sondern auch in die kritische Auseinandersetzung mit denjenigen zu gehen, die von einer Situation nicht unmittelbar beschwert sind. So entwickeln sich Lösungsansätze, die auch über den eigenen Dunstkreis hinaus Charme entwickeln. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn an der zentralen Frage der Bildungsgerechtigkeit einer Landesregierung auf Grund der Haushaltslage die Hände gebunden sind, und man diese Diskussion von links stets im Zusammenhang mit dem Neuverschuldungsverbot und den fehlenden Einnahmen führt, bekommt die Kritik an der Austeritätspolitik auch jenseits der LINKEN und der Gewerkschaften eine Eigendynamik. Wenn man zugleich permanent darauf hinweist, dass Steuermehreinnahmen

und Zinsminderausgaben Spielräume für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zulassen und konkrete Vorschläge unterbreitet, zweifeln die Menschen zunehmend an einer staatlichen Politik der vermeintlichen Alternativlosigkeit.

Wenn man immer anmerkt, welche soziale und auch volkswirtschaftliche Sprengkraft in dem Auseinanderdriften einer (Stadt-)Gesellschaft liegt, nimmt auch niemand mehr der LINKEN einen klaren Klassenstandpunkt übel, der zuerst die Lebenssituation derjenigen in den Vordergrund stellt, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage von jeglicher Teilhabe ausgegrenzt sind. Und wenn man dann auch noch konkrete Vorschläge unterbreitet, dann wird man als politische Kraft ernst genommen. Auf die Weise ist es uns gelungen, in den letzten Jahren Weichenstellungen zu verändern, auch gegen eine Finanzsenatorin, die von dem Dogma des Neuverschuldungsverbot absolut überzeugt ist. Mehr noch: Die ideologischen Nebelkerzen, die SPD, Grüne und CDU in dieser Frage werfen und dies mit Generationengerechtigkeit begründen, verfangen zusehends nicht mehr. Vor allem angesichts der Tatsache der Perspektivlosigkeit der jetzigen Generation, die unter den strikten Haushaltsvorgaben leidet. Und darum geht es letztlich: DIE LINKE muss auch einen politischen Diskurs mitbestimmen können und darin überzeugen.

Kann man eine landespolitisch geprägte Politik auf die Bundesebene



oder gar die europäische Ebene übertragen? Bedingt kann man das, ich will daher aus Bremer Sicht auf die »Aprilthesen« 2015 eingehen.

Regieren oder nicht

Die Diskussion darf nicht mehr länger der Tanz um das goldene Kalb sein. Wir haben diese Frage in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz durchaus auf den Tisch gelegt: Ist es unter den gegebenen politischen Bedingungen überhaupt sinnvoll, in eine Regierung zu gehen? Welche Gestaltungsspielräume hat eine Regierung unter der Beteiligung der LINKEN im Hier und Jetzt überhaupt? Wie aber erreicht man einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der Rahmenbedingungen, wenn man Regieren kategorisch ausschließt und somit die Hälfte der WählerInnen nicht mehr erreicht, die genau dies von uns erwarten? Denn ja, es ist wahr: Wer von Mehrheiten jenseits der 50% träumt, der träumt eben nur. Und wie wir wissen: Regieren und Macht sind zweierlei unterschiedliche Paar Schuhe.

Es reicht daher nicht, nur gewählt zu werden. Die Menschen, die einer linken Partei vertrauen, müssen auf Veränderungen setzen können, und wir müssen zu Veränderungen bereit sein. Mögliche Veränderungen erzeugen oft Angst, auch bei vielen Linken. Als Linke auf ein gutes Gefühl zu setzen, ist daher der falsche Weg. Nur wenn wir keine Angst vor Veränderungen haben, gehen auch andere den Weg mit. Ansonsten bleibt alles wie gehabt: Man kritisiert und analysiert und die Zeit läuft an einem vorbei. Angesichts einer zunehmenden Rechtsverschärfung in Europa ist das fatal. Regierung oder Opposition: Wir dürfen dieser Auseinandersetzung nicht mehr länger ausweichen, aber wir müssen sie konkret führen.

Aus Bremer Sicht: Was wäre, wenn die SPD von uns getrieben den politischen Kampf gegen die Austeritätspolitik aufnahm, die Sanierungsvereinbarung aufkündigt und unseren Vorschlag aufgreifen würde, die Einführung der Vermögenssteuer auf Landesebene zu prüfen? Und was wäre, wenn die SPD gleichzeitig genügend Geld für Kitas, Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnungsbau bereitstel-

len würde, vorausgesetzt wir machten mit? Unsere sehr genauen Vorschläge für eine wirksame Armutsprävention könnten wir umsetzen, aber wir bekämen es nicht hin, die Rüstungsproduktion in Bremen zu stoppen, die wir immer kritisiert haben. Wie entscheiden wir uns dann? Von Bremen könnte ein radikales Signal an den Rest der Republik ausgehen, wir könnten Menschen in Beteiligung bringen, aber die Welt nicht unmittelbar ändern. Gut, das ist jetzt rein spekulativ, die Bremer SPD wird von ihrem Kurs nicht abgehen, aber ist es nicht unsere Aufgabe, genau darauf hinzuwirken? Welche Optionen müssen wir dafür wahrnehmen, welche nicht?

Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarkt und Ökologie

Ja, es stimmt, um die wirtschaftspolitische Verfasstheit der Parteien, die sich dem linken Spektrum zuordnen, ist es nicht gut bestellt. Die Wirtschaftskompetenz der SPD beschränkt sich auf regional- bzw. nationalökonomische Reflektionen, die Grünen, so man sie denn dazu zählen will, setzen auf Liberalisierung und wir verharren in einer postkeynesianistischen Analyse. Gut: Wer einmal mit den Jungunternehmern, also dem FDP-Mittelstand, versucht hat, über Verschuldung, Investitionsquoten und Profitrate zu reden, weiß, dass Erben alleine auch keinen ökonomischen Sachverstand voraussetzt.

Haushalts- und finanzpolitisch ist DIE LINKE gut aufgestellt, auch in Bremen. Die Austeritätspolitik wird aber vermutlich eher dadurch geknackt, dass Unternehmens- und Wirtschaftsverbände diese infrage stellen: Sinkende Investitionsquoten und die Gefahr einer Deflation werden inzwischen offener diskutiert. Aber was käme danach? Die Leerräume müssen wir dringend füllen. Dies geht nur ganzheitlich, mit Ideen einer gesellschaftlichen Transformation, die sowohl die Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens als auch die Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, einschließlich der unbezahlten Reproduktions- und Care-Arbeit, wieder in die Diskussion aufnimmt und die Frage eines ökologischen Umbaus mit einbezieht.

Die europäische Linke stärken



Walter Baier/Bernhard Müller/
Eva Himmelstoss (Hrsg.)

Vereintes Europa Geteiltes Europa

transform! Jahrbuch 2015
256 Seiten | 2015 | EUR 22,80
ISBN 978-3-89965-629-9

Spaltungen Europas nach sieben Jahren Krise:
Befindet sich die europäische Integration nun
auch in einer politischen Krise?

Das Jahrbuch von transform! 2015 behandelt die nationalen Konflikte, die Krise der Demokratie, die sinkende Attraktivität der europäischen Integration und das Erstarken eines neuen radikalen Rechtspopulismus. Analysiert werden zudem die Ergebnisse der Europawahl in verschiedenen Ländern und die Herausforderungen, die sich für die europäische Linke daraus ergeben.

Eröffnet wird es durch ein Interview mit dem Syriza-Vorsitzenden und neuen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras, der der europäischen Linken zu einer historischen Zäsur verhelfen könnte.

transform! 2015 ist das erste Jahrbuch des europäischen Netzwerks für alternatives Denken und politischen Dialog. Auch die zukünftigen Ausgaben werden die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa in den Fokus nehmen.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

www.transform-network.net

Die Kritik an der Fabrikgesellschaft, die Ende der 1970er Jahre aufkam, hatte ja den Charme, einen systemkritischen Ansatz zu bieten, der sowohl praktische Auseinandersetzungen, also alltagstaugliche Erfahrungen, als auch eine marxistisch-feministische sowie internationalistische Perspektive beinhaltete. Diese in den 1990er Jahren nicht mehr weitergeführten Auseinandersetzungen sollten wir als Partei wieder aufgreifen. Und mit anderen führen. Nebenbei hätten wir auch dann Anschluss an die Frage weltweiter Verteilungskämpfe, die nicht nur ökonomische oder finanzpolitische Ursachen haben, sondern auch eine nicht mehr umzukehrende Folge des Klimawandels sind.

Flucht und Vertreibung

Wenn wir über Flucht und Vertreibung reden, dürfen wir uns auch hier nicht darauf beschränken, nur gut sein zu wollen, den menschenrechtlichen Aspekt zu betonen und darauf hinzuweisen, dass wir als reiches Europa Flüchtlinge aufnehmen müssen. Dies ist zwar richtig, aber Flucht und Vertreibung muss immer auch als Klassenfrage, als Teil einer weltweiten Umverteilung begriffen werden. Tun wir dies nicht, beteiligen wir uns nur an weiteren Verdrängungsprozessen. Die Frage von Flucht ist nicht nur eine moralische, sondern eine zutiefst politische. Nur wenn wir dies im Zusammenhang mit den oben genannten Transformationsprozessen begreifen, wird es uns gelingen, dem immer stärker öffentlich vorgetragenen Rassismus und der damit einhergehenden Rechtsentwicklung etwas von links entgegenzusetzen.

Um erneut die Bremer Brille aufzusetzen: So gut es ist, dass der Senat die Wohnungsbaugesellschaften dazu anhält, 40% der Wohnungen für Geflüchtete bereitzustellen, so drückt es doch insgesamt auf die Menschen mit niedrigem Einkommen, die keine bezahlbare Wohnung mehr finden. Wir haben von vornherein gefordert, Steuererhöhungen in ein Sondervermögen Wohnen zu überführen, nicht nur weil die Mieten steigen, sondern weil Bremen bis 2030 ca. 20.000 NeubremereInnen zu erwarten hat. Rot-Grün ließ sich lieber zwei Jahre lang dafür fei-

ern, dass sie die liberalste Handhabung in der Unterbringung von Geflüchteten haben, anstatt in Sachen Wohnungsbau zu handeln.

Der Druck auf arme Menschen und vor allem auf benachteiligte Stadtteile nimmt so ständig zu und die Stimmung kippt. In der Folge haben bei der Bürgerschaftswahl beide rechtspopulistischen Parteien richtig zugelegt. Im Wahlkampf haben übrigens viele nicht mehr verstanden, warum unser Vorschlag, Steuererhöhungen für Wohnungsbau zu nutzen, stumpf abgelehnt wurde. Und so hatten wir wieder den praktischen und leicht verständlichen Bezug zu dem realökonomischen Unsinn der Schuldenbremse...

Demokratisierung und Beteiligung

Nicht nur die niedrige Wahlbeteiligung in Bremen hat wieder einmal aufgezeigt, dass der sozialen Spaltung der Gesellschaft auch eine demokratische Spaltung folgt. Arme Menschen nehmen an dieser Gesellschaft nicht mehr teil, auch nicht mehr an ihren primär demokratischen »Beteiligungsformen«. An diesem Punkt hinken die »Aprilthesen«: Es stimmt, dass viele Menschen heute größere Freiheitspielräume haben, aber es hängt von der wirtschaftlichen Situation der einzelnen ab. Eine alleinerziehende Frau, ob im Leistungsbezug oder in einem meistens schlecht bezahlten Teilzeitjob, erlebt nicht weniger Patriarchat, sondern eher mehr. Allein die Tatsache des Kinderkriegens hängt Frauen und bei Alleinerziehenden auch deren Kinder von einer individuellen Wohlstandsentwicklung ab. Einer Alleinerziehenden sind z.B. Diskussionen über gendergerechte Sprache relativ egal. Mehr Bildung trifft auf arme Menschen ebenfalls nicht zu, eher das Gegenteil.

Der Einstieg in eine solidarische Ökonomie ist zwar ein richtiges Versprechen auf Zeit, aber momentan genauso ein frommer Wunsch wie Wahlergebnisse jenseits der 50%. Angesichts der sich seit Jahrzehnten verfestigenden Armut und der damit einhergehenden sozialen Deprivation darf sich eine linke Partei aber nicht darauf beschränken, auf Veränderungen in der Zukunft zu setzen. Sie muss vorher auf Beteiligungsprozesse drängen,

nicht nur in der praktischen Arbeit vor Ort. Dort, wo DIE LINKE etwas zu sagen hat, ob kommunal oder auf Landesebene, muss sie auch auf kleinteilige Veränderungen drängen, die Menschen wieder in echte Beteiligung bringen. Und sei es über selbstverwaltete Stadtteilbudgets in armen Stadtteilen. Dort, wo DIE LINKE in der Opposition ist, muss sie den Druck dahingehend erhöhen. Und sie muss sich selber öffnen, selber andere Formen der Beteiligung zulassen. Dies fällt einem Parteiapparat oft schwer, ist aber eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Krieg und Frieden

Auch wenn ich die »Aprilthesen« aus landespolitischer Sicht bewerte, will ich den Komplex Frieden und Außenpolitik nicht ganz außen vor lassen. In dem Papier sind wichtige Fragen aufgeworfen worden. Natürlich muss es uns gelingen, einen Weg zwischen Menschenrechtsbellizismus und Menschenrechtsnihilismus zu finden. Die »Aprilthesen« zeigen aber dabei eine gewisse Hilflosigkeit auf, die verständlich ist: Wie soll dieser Weg aussehen? Es wäre hilfreich, hierüber in unserer Partei einmal eine sachliche Diskussion zu führen, die Auseinandersetzungen der vergangenen Monate hinsichtlich der Unterstützung des Selbstverteidigungsrechts der Menschen in Kobane waren geradezu absurd. Hier gilt eigentlich wie für alles andere: Wir müssen endlich aufhören, in wichtigen Fragen auf der Erscheinungsebene zu reden.

Abschließend: Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass es einen linken Weg geben kann, der pragmatisch, aber immer wieder systemkritisch ist. Es kann uns dabei gelingen, Menschen mitzunehmen, solange wir wirklich auf Augenhöhe diskutieren und uns nicht überheben. Es kann uns dabei auch gelingen, Menschen Perspektiven zu bieten, die jetzt keine mehr haben. Voraussetzung ist aber, dass wir anfangen daran zu arbeiten, und so offen und ehrlich mit uns umgehen, dass wir nicht in die klassischen Fallen laufen, in die die Sozialdemokratie immer gelaufen ist. Als Bremerin ende ich hier mit »Think global, act local!«

DIE LINKE als gesellschaftliche Opposition

von | Nils Böhlke und Janine Wissler

Die »Aprilthesen« von Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost und Alban Werner sowie die Repliken von Felix Pithan¹ und Kersten Artus² haben uns dazu veranlasst, einige eigene Thesen aufzustellen. Wir zeigen damit einen anderen Weg für DIE LINKE auf als denjenigen, den die »Aprilthesen« vorschlagen.

These 1: Wir brauchen keine LINKE als Regierung im Wartestand, sondern eine, die gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern.

Aus unserer Sicht bleibt die Reflexion der politischen Lage in den »Aprilthesen« von 2015³ unzureichend. Ein wesentliches Problem zeigt sich bereits in den ersten beiden Sätzen: Es wird richtig festgestellt, dass DIE LINKE bei Wahlen und Umfra-

gen stabile Werte erreicht, dies aber keineswegs mit einer stabilen Verankerung in der Bevölkerung und einer Mobilisierungsfähigkeit verwechselt werden darf. Dieser Widerspruch spielt aber im weiteren Text keine Rolle mehr. Implizit wird an einigen Stellen eine Mobilisierung durch positive Forderungen (These 1) und eine Verankerung durch das Bewerben eines Regierungsprogramms (These 4) unterstellt, aber vernachlässigt wird, dass (auch noch so kluge) Forderungen und Programme alleine noch keine Mobilisierung und Verankerung bedeuten. Dass Mobilisierungsfähigkeit und eine stabile Verankerung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Erreichung politischer Ziele notwendig sind, wird schlicht ignoriert. Es ist richtig, dass den Autoren nicht ausreicht, was DIE LINKE bislang erreicht

hat. Angesichts geringer gesellschaftlicher Proteste gegen die bestehenden Bedingungen ist es aber eine Illusion, dass eine »linke Regierung« daran etwas ändern würde. Der Hoffenschimmer durch die griechische Linksinregierung kam nur auf Basis breiter

Nils Böhlke ist Landessprecher der Arbeitsgemeinschaft der LINKEN *betrieb & gewerkschaft* Nordrhein-Westfalen. Janine Wissler ist stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE und eine der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Hessischen Landtag. Beide arbeiten im Netzwerk *Marx 21* mit.

¹ <https://fepix.wordpress.com/2015/04/04/uber-die-aprilthesen/>

² <http://blog.kerstenartus.info/die-linke-muss-partei-der-sozialen-gerechtigkeit-bleiben-eine-replik-auf-die-neuen-aprilthesen/>

³ Dass der Titel einem bekannten Aufsatz des russischen Revolutionärs Lenin entnommen ist, muss wohl darauf zurückgeführt werden, dass dies die Aufmerksamkeit für den Artikel erhöht. Inhaltliche Gemeinsamkeiten sind nicht feststellbar.



gesellschaftlicher Proteste und Generalstreiks auf.

Die Autoren schlagen vor, dass sich DIE LINKE gewissermaßen als »Regierung im Wartestand« verstehen soll und ihr Handeln daran ausrichten sollte, »sich den Kopf von Regierenden [zu] zerbrechen« (These 1) und sich auf ein Bündnis mit SPD und Grünen vorzubereiten (These 2). Dies sei notwendig, weil DIE LINKE keine absolute Mehrheit erreichen wird und andernfalls jede Veränderungsperspektive ausgeschlagen werden würde. Deshalb sei der »Zuspruch unter Gewerkschaftern sowie früheren Rot-Grün-Wählern ... seit 2009 rückläufig«. Dies trifft aber keineswegs bruchlos zu, sondern seit 2009 haben sich aus sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen Wählerschichten eher von der LINKEN entfernt und andere sich ihr auch angenähert. Hier wird unterstellt, dass es lediglich die potenzielle Zusammenarbeit mit SPD und Grünen ist, die Wählerinnen und Wähler aus diesem Milieu von der Wahl der LINKEN überzeugt. Stattdessen zeigen aber gerade die Erfahrungen aus den Anfangsjahren der Partei, dass die klare Formulierung eigener politischer Ansätze im Tandem mit dem gesellschaftlichen Protest gegen unsoziale Politik zu einem Erstarken linker Ideen und der Partei DIE LINKE geführt hat. Wir meinen, dass es die Aufgabe der LINKEN ist, die Rolle als Oppositionsführerin auszufüllen. Nicht in »bequemer Isolation«, wie die Autoren schreiben, sondern im engen Schulterschluss mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

DIE LINKE muss eine aktive Mitgliederpartei sein, die vor Ort präsent ist, um gesellschaftliche Kämpfe zu bestärken und für progressive Forderungen zu mobilisieren. Die »Aprilthesen« definieren die Aufgaben der LINKEN aber fast ausschließlich auf der Ebene von Parlamenten und politischen Funktionsträgern. Wer aber den Klassenkampf als Motor der Geschichte ausblendet – und das tun die Autoren –, kann keinen realistischen Ausblick auf mögliche Veränderungsperspektiven entwickeln.

These 2: Ein Regierungswechsel bedeutet noch lange keinen Politikwechsel.

Ein Irrtum ist die Annahme, die Beendigung der Kanzlerschaft Angela Merkels (»die wie ein Alp auf Deutschland und Europa liegt«, so die Aprilthese 1) würde bereits ein Ende der Politik der Kanzlerin bedeuten. Man fragt sich, ob den Autoren bewusst ist, dass Deutschland von einer Großen Koalition, also von CDU/CSU und SPD, regiert wird. In der zehnjährigen Kanzlerschaft Merkels regiert sie mehr als die Hälfte der Zeit mit der SPD, die sie zweimal zur Kanzlerin gewählt hat (einmal sogar mit einer breiten Zustimmung in einer Mitgliederbefragung). Die Autoren schreiben selbst, die SPD habe sich in der Großen Koalition eingerichtet. Es gibt keine nennenswerten Konflikte innerhalb der Großen Koalition, in den zentralen Fragen ist man sich weitgehend einig.

Die Autoren der »Aprilthesen« nennen zu Beginn sechs Handlungsfelder, auf die DIE LINKE sich konzentrieren sollte: Haushaltspolitik, Europapolitik, TTIP, Friedenspolitik, Flüchtlingspolitik und die Energiewende. So recht die Autoren mit der Annahme haben, dass diese sechs Themen zentral sind, so unverständlich ist, wie man aus diesen Themenfeldern eine Zusammenarbeit mit der derzeitigen Regierungspartei SPD ableiten kann. SPD-Chef und Wirtschaftsminister Gabriel will CETA und TTIP durchsetzen (was die Autoren an anderer Stelle selber schreiben). Das Asylrecht wurde noch vor kurzem durch die Große Koalition verschärft. Vom Thema Umverteilung und Steuergerechtigkeit hat sich die SPD-Spitze verabschiedet, stattdessen sollen notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur durch PPP-Projekte (öffentlich-private Partnerschaften mit Gewinngarantie für die beteiligten Konzerne) finanziert werden. Beim Thema Energiewende haben wir es mit einer starken Kohlelobby in der SPD zu tun, die gerade eine Teilabschaffung des Erneuerbare-Energie-Gesetz durchgesetzt hat. Diesem Bündnis dann den Titel »Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit« zu geben (Frieden bleibt ausgespart), ist der Versuch, wolkige Begriffe zu finden, die mit kaum weniger aussagekräftigen Allgemeinplätzen präzisiert werden. Knackpunkte für ein Regierungsbündnis werden nicht be-

nannt. Was würde beispielsweise aus den Hartz-Gesetzen oder den Rentenreformen der letzten Jahre?

Um zumindest bestimmte Grenzen festzusetzen, die eine konkrete Handschrift der LINKEN in einer Koalition sicherstellen, hat DIE LINKE in ihrem Programm rote Haltelinien verankert. Aber gerade diese werden in den »Aprilthesen« infrage gestellt. Wer die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen und die Eigentumsverhältnisse als gegeben hinnimmt und lediglich hofft, einzelne progressive Projekte zu benennen, wird früher oder später auf dieselben Probleme treffen, die der ehemalige Wirtschaftssenator Harald Wolf als Bilanz aus der Koalition zwischen SPD und PDS in Berlin unter dem treffenden Titel »Der Staat ist kein Fahrrad« konstatiert hat.⁴ Wolf stellt fest, dass der Staat und damit auch die Regierung keine neutrale gesellschaftliche Institution ist, eben kein »Fahrrad«, auf das man sich setzen und in jede gewünschte Richtung losfahren kann. Er ist ein Produkt der gegebenen kapitalistischen Kräfteverhältnisse. Das bedeutet nicht, dass die herrschende Klasse einfach uneingeschränkt die Richtung vorgeben kann. Aber wer es für ausreichend hält, die richtigen Forderungen und Konzepte einzubringen, um nach links loszufahren, wird – um im Bild zu bleiben – auf die Nase fallen.

These 3: Die »Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft« wurden nicht »hervorgebracht«, sondern den Herrschenden abgetrotzt.

Es ist Aufgabe der LINKEN, aufzuzeigen, dass der Kapitalismus seine großen Versprechen von Freiheit und Demokratie nicht einlöst. Bürgerliche Rechte wurden nicht »hervorgebracht«, wie die Autoren der »Aprilthesen« schreiben, sondern sind Errungenschaften, die den Herrschenden in Kämpfen abgetrotzt wurden. Aber die Ideale der bürgerlichen Revolutionen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie sind nicht einlösbar, solange das Privateigentum ein Sakrileg bleibt (das bleibt es leider auch in den »Aprilthesen«) und die soziale Ungleichheit nicht beseitigt wird. Solange bleibt Freiheit ein Privileg für diejenigen, die sie sich leisten können, wie der italienische Philosoph Domenico Losurdo schreibt.⁵

Oder wie es ein französischer Revolutionär einige Jahre nach der Französischen Revolution ausdrückte, sind Freiheit und Gleichheit »eitle Hirngespinnste, wenn eine Klasse die andere ungestraft aushungern kann« und »wenn der Reiche mittels seines Monopols das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt«. Solange die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinanderklafft, bleiben die Ideale von Gleichheit und Freiheit unerfüllt.

These 4: Internationale Solidarität bedeutet grundlegende Kritik an der EU-Politik.

Die Autoren fordern, dass sich DIE LINKE »entschieden mehr um Europapolitik kümmern« muss. Angesichts der als »Euro-Rettung« getarnten Austeritätspolitik, die die Bevölkerung in Griechenland und anderen Ländern ins Elend stürzt, angesichts tausender Toter im Mittelmeer infolge der EU-Abschottungspolitik und angesichts geplanter neoliberaler Handelsabkommen wie TTIP, CETA und TiSA, wird dieser Forderung wohl niemand ernsthaft widersprechen. Die Frage ist, wel-

che Ausrichtung LINKE Europapolitik haben soll.

Und da ist schon der einleitende Satz der These 9 befremdlich. Dort heißt es: »Europa ist nicht alles, aber ohne Europa ist alles nichts«, angelehnt an das Zitat Willy Brandts: »Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.« Zum einen ist unangemessen, Europa quasi synonym zu Frieden zu setzen, gerade angesichts der aktuellen Debatte in der EU, militärisch gegen Flüchtlingsboote vorgehen zu wollen. Zum anderen ist diese Aussage völlig Europa-zentriert (fraglich ist, ob die Autoren das wirklich so sehen oder ob man der Versuchung erlegen ist, ein griffiges Bonmot zu schaffen auf Kosten des Inhalts). Das Problem ist doch gerade, dass wir es mit einem Europa – besser mit einer EU (die oft und auch von den Autoren mit Europa gleichgesetzt wird) – zu tun haben, die sich für »alles« hält, auf Kosten der globalen Gerechtigkeit, auf Kosten der Flüchtlinge an den Außengrenzen und auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern des Südens. Eine LINKE Perspektive hingegen muss eine internationalistische

Perspektive sein, die nicht an den politischen und geografischen Grenzen Europas oder der EU endet.

Eine grundlegende linke Kritik an der EU ist nötig, weil die EU auf falschen Grundpfeilern steht. Dies wird u.a. deutlich bei der Aufrüstungs- und Abschottungspolitik, der Austeritätspolitik, dem neoliberalen EU-Wettbewerbsrecht, dem soziale Belange untergeordnet sind, und dem Demokratiedefizit der europäischen Institutionen. Die Autoren beklagen zu Recht die Vormachtstellung Deutschlands in der EU, die Motor des Sozialabbaus ist und die Politik der Agenda 2010 und Schuldenbremse mithilfe der Troika vorantreibt. Angesichts der gegenwärtigen Politik der EU, aber auch mit Hinblick auf ihre Grundpfeiler ist eine linke Kritik an der EU notwendig, die nicht nationalistisch und auf einzelstaatliche Interessen ausgerichtet ist, sondern eine internationalistische

⁴ www.zeitschrift-luxemburg.de/der-staat-ist-kein-fahrrad/

⁵ Domenico Losurdo: Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus, Köln 2011 (2. Aufl.).

VSA: Hellblaue & schwarze Bändchen zur Einführung



Elmar Altvater
Marx neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie
144 Seiten | EUR 9,00
ISBN 978-3-89965-499-8
Mit den »hellblauen Bändchen« werden die »Blauen Bände« von Marx und Engels und andere »Klassiker« neu entdeckt.



Elmar Altvater
Engels neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die »Dialektik der Natur« und die Kritik von Akkumulation und Wachstum
192 Seiten | EUR 12,00
ISBN 978-3-89965-643-5
Engels und eines seiner wichtigsten Werke werden vorgestellt.

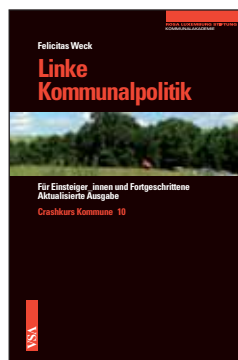


Michael Brie
Polanyi neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser & Karl Polanyi
176 Seiten | EUR 10,00
ISBN 978-3-89965-642-8
Brie skizziert Möglichkeiten des Dialogs zwischen Polanyi und Nancy Fraser, der bekanntesten US-amerikanischen Feministin.

Die in Kooperation mit der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung erscheinende Reihe

Crashkurs Kommune

richtet sich mit schmalen Bänden vor allem an linke KommunalpolitikerInnen und an kommunalpolitisch Interessierte.



Felicitas Weck
Linke Kommunalpolitik
Für Einsteiger_innen und Fortgeschrittene | Aktualisierte Ausgabe
Crashkurs Kommune 10
104 Seiten | EUR 7,50
ISBN 978-3-89965-585-8



Frank Kuschel
Haushalten mit links?!
Emanzipative Haushalts- und Finanzpolitik in der Kommune
Crashkurs Kommune 11
104 Seiten | EUR 7,50
ISBN 978-3-89965-636-7

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de.

www.vsa-verlag.de

und klassenpolitische Perspektive einnimmt.

These 5: Frieden ist mehr als Antimilitarismus – aber ohne Antimilitarismus kein Frieden.

In der These 11 wird behauptet, DIE LINKE müsse »endlich« ihre Forderung nach friedlichen Lösungsvorschlägen in der Welt »substanzvoll« füllen und dürfe sich nicht auf »Antimilitarismus beschränken«. Wir dürften »nicht endlos ausweichen«, wenn es um die Frage geht, wie »man im Rahmen der Vereinten Nationen entgrenzter Gewalt entgegenzutreten kann«.

Wer hier aber ausweicht, sind die Autoren selbst. Denn anstatt die Fälle konkret zu benennen, in denen DIE LINKE eine falsche Position eingenommen haben soll, werden Pappkame-raden aufgebaut. So schließen die Autoren aus dem Recht der Kurden, sich gegen den IS bewaffnet zu verteidigen, »dass es Extremsituationen gibt, in denen das Recht auf Leben mit der Waffen in der Hand verteidigt werden muss«. Hat irgendjemand in der Linken etwas anderes behauptet? Das Problem beginnt dort, wo die Autoren aus dem Recht zur Notwehr eine »Pflicht zur Nothilfe« durch die UNO machen.

Die UN sind keineswegs »vereinte« Nationen. Die UNO wird von rivalisierenden Großmächten dominiert. Diese Mächte haben Interessen wie die kleineren Mächte auch. Dort, wo die UNO für die Durchsetzung von Interessen genutzt werden kann, wird davon Gebrauch gemacht. Wo nicht, da erweist sich die UNO als zahlos. Dafür ist der Umgang mit den Kurden beispielhaft. Nicht mal zu einer Verurteilung des Giftgasanschlags von Halabdscha konnte sich die UN durchringen, weil die USA ihr Veto einlegten. Kein »Politikvorschlag« wird daran etwas ändern. Die Autoren versuchen, diese Realität und die Interessen kapitalistischer Staaten vom Tisch zu wischen, und setzen ein Wunschbild an die Stelle.

»Entgrenzte Gewalt« geht von jenen aus, die in der UNO das Sagen haben, den Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat. Das verschweigen die »Aprilthesen«. Der IS, den die Autoren als einzigen Gewalttäter anführen, ist ohne Zweifel ein brutaler Aggressor. Aber wer über den IS spricht, darf über die Irak-

Kriege, die Besetzung des Iraks und die Folter durch US-Soldaten in Abu Ghraib und anderswo nicht schweigen. Die US-Kriege gegen den Irak, die den IS geschaffen haben, haben eine Vielzahl an Opfern nach sich gezogen. Der blutigste Krieg, jener von 1991, fand mit UN-Mandat statt. Ebenso wurden die nachfolgenden Sanktionsmaßnahmen, die den Irak zerrütteten, durch die UNO verfügt. Das bleibt unerwähnt, wie auch alle anderen Kriege, die die in der UN dominanten Staaten führen oder geführt haben, ebenso wie das tausendfache Morden auch von Zivilisten durch Drohnen.

In These 10 schreiben die Autoren, es müsse jenseits des »Menschenrechtsbellizismus« (Krieg für Menschenrechte?) und des »Menschenrechtsnihilismus« (offen bleibt, wem sie den unterstellen), »etwas Drittes geben, eine klügere Lösung«. Wie diese aber aussehen kann, bleibt offen. Zudem ist unterstellt, es würde bei humanitären Interventionen um Menschenrechte gehen, was grundsätzlich bestritten werden muss. Wer Waffen nach Saudi-Arabien liefert, dem ist wohl kaum zu glauben, dass anderswo Militär für Menschenrechte eingesetzt werden. Die Staatengemeinschaft ist nicht willens, gegen die größte globale humanitäre Katastrophe, den Hunger, vorzugehen, aber bezieht sich auf Menschenrechte, um die eigenen Interessen zu verschleiern. Die Menschenrechte müssen, da ist den Autoren ausdrücklich zuzustimmen, Fundament linker Politik sein. Dazu gehört, dagegen aufzustehen, wenn im Namen der Menschenrechte Menschenrechte verletzt werden.

Als LINKE sollten wir uns mit der Politik der Bundesregierung auseinandersetzen. Verteidigungsministerin von der Leyen treibt Aufrüstung und globale Einsätze voran. Mal mit der EU, mal mit der NATO, mal mit der UNO – aber immer im Bündnis mit anderen. Diese Bündnisorientierung ist nicht Ausdruck einer geläuterten Politik, sondern einfach nur Ausdruck der eigenen Schwäche. Alle diese Bündnisse sind nicht besser als die Summe ihrer Einzelkomponenten.

Nicht die UNO und die dort agierenden Regierungen werden Architekten einer dauerhaften »Weltfriedensordnung« sein. Linker Inter-

nationalismus muss sich auf soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Befreiungsbewegungen beziehen und diese ins Zentrum stellen.

Man sollte die UNO nicht zur Follie für Wunschprojektionen machen und damit die Illusion erwecken, kapitalistische und imperialistische Interessen könnten wegverhandelt und auf diesem Wege eine dauerhafte »Weltfriedensordnung« geschaffen werden. Das bedeutet nicht, um diesem Vorwurf gleich entgegenzutreten, dass Friedensverhandlungen nicht dazu beitragen könnten, Kampfhandlungen zu beenden. Natürlich befürwortet DIE LINKE Friedensverhandlungen, wenn dadurch Menschenleben gerettet werden und militärische Auseinandersetzungen beendet werden könnten. Aber wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt, wie die Wolke den Regen, wie Jean Jaurès es ausdrückte, und der Einsatz für einen dauerhaften weltweiten Frieden mit dem Kampf gegen das kapitalistische System als Ganzes verbunden werden muss.

These 6: Wer Gesellschaft grundlegend verändern will, braucht eine antikapitalistische Perspektive.

Leider fehlt dieser antikapitalistische Ansatz in den »Aprilthesen« – nicht nur bei den außenpolitischen Fragen – völlig. Dabei geht es nicht darum, den Antikapitalismus wie eine Monstranz vor sich herzutragen, sondern darum, konkrete Kämpfe um kurzfristige Verbesserungen zu verbinden mit der Vision einer grundsätzlich anderen Gesellschaft. DIE LINKE muss konkrete umsetzbare Verbesserungsvorschläge machen, aber auch die grundsätzliche Kritik am Kapitalismus offensiver vortragen. Die heutigen Eigentumsverhältnisse blockieren fortschrittliche gesellschaftliche und technologische Entwicklungen, die die Autoren der »Aprilthesen« einfordern. Dennoch bleiben sie weitgehend ausgeblendet. Dabei lässt sich eine wirklich demokratische und gerechte Gesellschaft nicht erreichen, ohne die Eigentumsverhältnisse grundlegend zu ändern.

Rot-rot-grüne Zusammenarbeitsprojekte?

Zur Revitalisierung linker Opposition

von | Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber und Björn Radke



1.

Die wirtschaftliche und politische Elite in Deutschland beharrt darauf, dass das Land eine schattenlose Erfolgsbilanz aufzuweisen habe: Dank eines ökonomischen Aufschwungprozesses nach der großen und immer noch andauernden Krise herrsche offenkundig große Zufriedenheit der BürgerInnen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach¹ erklärt die Stabilität der politischen Kräfteverhältnisse mit der robusten Konjunktur und befriedigenden Einkommensentwicklungen, die die wirtschaftliche Lage und auch die Stimmungslage der BürgerInnen prägen. Noch nie zogen so viele eine positive Bilanz wie zurzeit: 60% stufen ihre finanzielle Situation als gut oder sogar sehr gut ein, nur noch 9% als schlecht. Damit hat sich die materielle Zufriedenheit gegenüber den Vorjahren noch einmal deutlich erhöht. 2013 und 2014 war nur gut jeder Zweite mit den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen zufrieden, in den Jahren zuvor weniger als die Hälfte. Die Lage vieler Haushalte hat sich durch sinkende Arbeitslosigkeit und höhere Tarifabschlüsse, aber auch durch die niedrigeren Energie- und Kraftstoffkosten spürbar verbessert. Insgesamt haben sich in den vergangenen 20 Jahren die BürgerInnen wirtschaftlich nie vergleichbar

sicher gefühlt wie heute. Fast drei Viertel sind überzeugt, dass die heute unter 30-Jährigen in Deutschland (sehr) gute Zukunftschancen haben, lediglich 18% sind skeptisch. Auch hier zeigt sich der zunehmende Optimismus: Vor zwei Jahren befürchteten noch 34%, dass Deutschland für die junge Generation keine sonderlich guten Perspektiven bereithält. Es gibt nur wenige Länder in Europa, in denen die Perspektiven der jungen Generation vergleichbar optimistisch eingeschätzt werden.

Andererseits können auch die Eliten nicht darüber hinweggehen, dass es mittlerweile in Deutschland einen schleichenden Erosionsprozess des politischen Systems gibt und die rückläufige Wahlbeteiligung einen Ausstieg vor allem der Unterschichten signalisiert. Zudem ist ein unübersehbares Anwachsen des rechten und rechtspopulistischen Sektors zu konstatieren. Schließlich gehört zum Gesamtbild: Nie zuvor ist die führende politische Rolle der Bundesrepublik in Europa so offen zutage getreten und unangenehm aufgestoßen. Seit der Großen Krise ist dieses Land europäische Hegemonialmacht und trägt erheblich dazu bei, dass ein möglicher Politikwechsel hierzulande und in ganz Europa blockiert ist.

Ein Aspekt dieser Entwicklungen besteht darin, dass sich der Niedergang

der europäischen Sozialdemokratie seit der Krise von 2007/08 beschleunigt hat. Unabhängig von den jeweils länderspezifischen Schwächen und Defiziten beobachten wir eine chronische Abwärtstendenz, die in einer immer offenkundigeren Ratlosigkeit gegenüber den dichotomischen Verteilungsstrukturen der europäischen Gesellschaften und einer politischen Ohnmächtigkeit gegenüber dem aktuellen finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregime zum Ausdruck kommt. Die Einsicht, dass nur Schritte in Richtung einer Transformation des modernen Kapitalismus aus der globalen Krise des Finanzmarktkapitalismus herausführen und eine erneute Zuspitzung der Krise künftig verhindern, ist nicht weit verbreitet.

Zur Beschreibung der Realität gehört auch: In vielen Ländern Europas ist die Linke jenseits der Sozialdemokratie stark zersplittert und gesellschaftlich an den Rand gedrängt. An der Basis gelingt selten ein Brücken-

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von *Sozialismus*, *Hasko Hüning* arbeitet in der LINKEN in Berlin und ist Bundesparteitagsdelegierter, *Christoph Lieber* und *Björn Radke* sind Redakteure von *Sozialismus*.

¹ Siehe etwa Renate Köcher: Entspannt, aber gefahrenbewusst, in: *Wirtschaftswoche* vom 15.12.2014.

schlag zwischen unterschiedlichen sozialstrukturellen Milieus. Das Aufgreifen der Interessen von Menschen in verfestigter Armut, von BürgerInnen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen auf der einen Seite und organisierter Lohnarbeit und modernen WissensarbeiterInnen auf der anderen steht oft unverbunden nebeneinander.

Diese Marginalität aller Fragmente der Mosaik-Linken kann nicht allein auf das Führungspersonal oder die vermeintlich üblichen internen Streitereien zurückgeführt werden. Wenn der Sozialdemokratie europaweit Ideen und strategische Konzepte fehlen, dann gilt das für die GRÜNEN und für die Linke jenseits der SPD ebenso – mit Ausnahme der Krisenländer Griechenland und Spanien.

Zum politischen Umfeld aller europäischen Linksparteien gehört das Erstarken eines modernen Rechtspopulismus. Die Auszehrung der Mitte setzt den Konservatismus von unten und oben gleichermaßen unter Druck. Von unten durch einen Rechtspopulismus, der in diesem Jahrhundert einen fulminanten Aufstieg hingelegt hat. In einer wachsenden Zahl von Staaten ist das konservative Lager auf dessen Unterstützung angewiesen, um regieren zu können. Eine programmatische Trias verspricht Erfolg: Ausländerfeindlichkeit mit islamophobischer Zuspitzung, ein Solidaritätsverständnis, das auf dem Sozialstaat aufbaut, diesen aber in ein Instrument der Exklusion – gegen MigrantInnen, »Leistungsverweigerer« etc. – verwandelt, und Europapessimismus bis Europafeindlichkeit. Von oben wird dieser Aufstand des Ressentiments gestützt durch eine »rohe Bürgerlichkeit«, bei der das »klassische Leistungsprinzip durch das Prinzip des Erfolgs ersetzt«, strikt nach »Gewinnern« und »Verlierern« sortiert und eine Politik verfolgt wird, die »dazu dient, eine zunehmend dichotome Sozialstruktur zu zementieren und zu legitimieren«.

Und zur Realität der strategischen Herausforderung für eine Mosaik-Linke gehört auch die Abkehr nahezu der Hälfte der jeweiligen Bevölkerung von der Teilnahme an den politischen Willensbildungsprozessen auf kommunaler wie nationaler Ebene. »Hinter der zunehmenden Ungleichheit der Wahlbeteiligung verbirgt sich eine so-

ziale Spaltung der Wählerschaft.«² Diese Entwicklung hat sich hierzulande zuletzt bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft bestätigt.³ Mit einer adäquaten Analyse und Antwort auf diesen Rechtspopulismus als einem modernen Phänomen, hinter dem massive arbeitgesellschaftliche, sozialstrukturelle und demokratiepolitische Verwerfungen des Finanzmarktkapitalismus stehen, tun sich die Linksparteien in allen Ländern nach wie vor schwer.

2.

In Deutschland verharrt die SPD in Meinungsumfragen bei max. 25%. DIE LINKE hängt bei 8 bis 9% fest, profitiert weder von der Finanzkrise noch von der so genannten Oppositionsführerschaft gegenüber der Großen Koalition. Nimmt man die ca. 11% für die GRÜNEN hinzu, zeichnet sich für Rot-Rot-Grün keine Mehrheit ab. Zudem streben die drei Parteien aktuell politisch eher auseinander. Auf Bundesebene werfen SPD und GRÜNE der LINKEN eine fundamentalistische Blockadehaltung in der Außenpolitik vor, während die GRÜNEN eine Verweigerungshaltung gegenüber den Vorschlägen der LINKEN für eine sozial gerechte Steuerreform und eine Umkehr in der Wirtschafts-, Finanz- und Europapolitik einnehmen.

Wie kann aus der derzeitigen noch nicht einmal arithmetischen Mehrheit bei Rot-Rot-Grün erst eine gesellschaftliche und dann auch politische Mehrheit werden? Wie kann der politische Autismus der Akteure überwunden werden und eine interventionsfähige Alternative Attraktivität gewinnen? Nach Bildung der ersten rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen verallgemeinert die Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow den Sonderfall: »Wer will, dass sich auch im Bund auf absehbare Zeit etwas verändert, muss langfristig denken. Es braucht praktische Erfahrungen erfolgreicher Kooperationen, um irgendwann zusammenarbeiten zu können... Es braucht – so wie in Thüringen in den vergangenen Jahren – eine intensive und normale Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments von SPD, Grünen, Linkspartei, Gewerkschaften und Sozial- oder Umweltverbänden. Es muss deutlich werden, dass eine Zusammen-

arbeit Erfolge gegen einen konservativen und neoliberalen Mainstream haben kann.«⁴

Auch innerhalb der grünen Partei gibt es Widerstand gegen die trostlose Perspektive einer Festschreibung der großen Koalition über 2017 hinaus: »Wollen wir eine rechte Mehrheit verhindern«, so etwa Jürgen Trittin, »müssen wir den Stillstand der Großen Koalition überwinden. Dies ist kein grünes Problem – es ist eine Verantwortung aller Kräfte der linken Mitte«.⁵ Seine zentrale Schlussfolgerung, die er auch in seinem Buch »Stillstand made in Germany« stark macht, lautet daher: Wenn sich politisch etwas ändern soll, muss jetzt ein Diskurs und eine Debatte über den drohenden Stillstand aufgenommen werden – unter rot-rot-grünen Vorzeichen.

3.

Es gibt durchaus Stimmen in den drei Parteien für ein Mitte-Links-Bündnis, mit dem ein Politikwechsel eingeleitet werden könnte. Ohne Zweifel ist die SPD – auch wenn sie für viele Menschen das Bild einer Opposition innerhalb der Koalition abgibt – in die Große Koalition gut eingebunden. Eine erneute zweite Bändigung des entfesselten Kapitalismus wird ihr in der Junior-Rolle der Koalition kaum gelingen. Der designierte Bremer Bürgermeister Carsten Sieling⁶ fordert, die SPD müsse »nach links bündnisfähig« sein. In einem Streitgespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der LINKEN, Axel Troost, konstatiert er: »Thüringen hat gezeigt, dass die anfangs lautstarken Widerstände in dem Moment schnell verstummen, als sich eine vernünftige Koalitionsvereinbarung und eine stabile Mehrheit abzeichneten. Auf Bundesebene sieht das natürlich anders aus.« Es geht für ihn »um Aufbau von Vertrauen, um gegenseitiges Kennenlernen von Personen und Positionen. Da spielen die »Zusammenarbeitsübungen« auf Länderebene eine wichtige Rolle... Das müsste man weiterentwickeln.«⁷

In seiner neuen Funktion als Bremer Bürgermeister wird sich zeigen, ob es zu entsprechenden »Zusammenarbeitsübungen« der rot-grünen Regierung mit der LINKEN kommen wird. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der bremischen Bürgerschaft, Kris-

tina Vogt, hat Bereitschaft für einen mögliches Zusammenarbeitsprojekt signalisiert: »Ich erwarte, dass Carsten Sieling die Wahlaussage der SPD ernst nimmt, und eine Koalition mit den Grünen sucht. Und ich erwarte, dass die SPD Konsequenzen aus dem Wahldebakel zieht und nicht mehr nur über soziale Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit redet, sondern auch ein konkretes Programm zur Armutsbekämpfung auflegt, was insbesondere die Fragen von frühkindlicher Bildung, Bildung, Ausbildung und Qualifikation aufgreift... Und ich erwarte, dass er auf uns zugeht und sich erklärt, was er denn nun eigentlich vorhat.«⁸ Angesichts der Tatsache, dass sich im Stadtstaat Bremen vor allem die unteren Schichten durch Wahlabstinenz aus dem politischen Willensbildungs- und Gestaltungsprozess verabschiedet haben, ist die Herausforderung groß, gemeinsame Lösungen für einen Politikwechsel zu finden. Carsten Sieling bestätigt dies: »Aber der größte Teil der Halbierung unserer Wählerschaft seit 1998 von 20 auf heute 11 Millionen ist ja nicht an die LINKE oder die Grünen gegangen, sondern zu den Nichtwählern. Darum müssen wir bei der sozialen Sicherheit und an der Einkommensfrage arbeiten.«⁹

4.

Die von den »Aprilthesen« angestobene Debatte kann diese Suche nach Zusammenarbeitsprojekten befördern. Wichtig ist, dass die Linkspartei ihre »Sprachlosigkeit« überwindet und die Widersprüche zwischen den Strömungen in weiteren Debatten und ohne gravierende innerparteiliche Verwerfungen bewegt. Das wird nicht ohne inhaltlichen Streit um eine moderne sozialistische Transformationsstrategie gehen. Um diese bündnispolitischen Herausforderungen gibt es innerparteiliche Richtungsauseinandersetzungen, die zum Beispiel der seit kurzem konstituierte »Liebknecht-Kreis Sachsen« für einen »Streit um zwei Linien der Politik hält, die nicht miteinander vereinbar sind.«¹⁰ In der Kritik wird sich auf die folgende These von Raul Zelik bezogen: »Die Vorstellung, dass (Mitte-)Linksregierungen notwendig oder auch nur im Regelfall progressive Politik nach sich ziehen, ist falsch.«¹¹ Andererseits begründet die

Vorsitzende der Linkspartei in Thüringen den eingeschlagenen politischen Weg damit, dass darin DIE LINKE »als Ort der gemeinsamen Praxis funktioniert, in der sich Erfahrungen neu zusammensetzen und gesellschaftlich etwas bewegen können«, wie Raul Zelik schrieb.¹²

Um strategische Überlegungen geht es auch in den Beiträgen zu den »Aprilthesen«. Letztere fordern die LINKE dazu auf, ihren bündnispolitischen »Willen nach außen erkennbar zu kommunizieren und nach innen ihre politische Arbeit darauf auszurichten«. In dieser Strategiediskussion sollte die Deutungskompetenz für die Gesamtpartei durch die argumentative Bezugnahme auf innerparteiliche Gegenpositionen noch erhöht werden.

Es sei daran erinnert: In der Geschichte der Linken stehen Lenins »Aprilthesen« von 1917 für einen innerparteilich nicht breit ausdiskutierten radikalen Kurswechsel politischer Beschleunigung – Lenins linksradikaler »Tigersprung« über die bürgerlich-parlamentarische Demokratie hinaus –, der nicht lange trug und sich schon nach kurzer Zeit bitter rächen sollte. Für die kapitalismustheoretische Erdringung der laufenden Transformations- und Strategiediskussion innerhalb der LINKEN sollten aus unserer Sicht daher alle Beteiligten bedenken: »Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechende Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.«¹³

»Eine Kapitalismuskritik auf der Höhe der Zeit kann Ausgangspunkt für fundamentalistische Systemkritik wie für reformistische Teilkorrekturen sein, kann in transformatorischer oder korrekativer Absicht formuliert werden – und kann beide Ambitionen verbinden. In diesem Sinne könnte eine zeitgemäße Kapitalismuskritik als politischer Kitt einer Mosaik-Linken wirken, die sich eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse auf die Agenda setzt – wo immer diese enden mag.«¹⁴

Wir könnten weiterkommen in der Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments von SPD, Grünen, Linkspartei, Gewerkschaften und So-

zial- oder Umweltverbänden. Es muss deutlich werden, dass eine Zusammenarbeit Erfolge gegen einen konservativen und neoliberalen Mainstream haben kann, um die neoliberale Phase des Kapitalismus ihrem Ende näher zu bringen. Es gilt, jene Themen zuerst in den Blick zu nehmen, in denen es politische Gemeinsamkeiten z.B. für ein anderes Verteilungsregime gibt. Dafür müssen eine Debatte und entsprechende Initiativen organisiert werden, sie müssen sich entwickeln, sie brauchen Anstöße aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen als soziale Reformtreiber. Die Diskussion erst kurz vor den nächsten Bundestagswahlen zu führen, wäre zu spät. Für eine andere Politik auf Bundesebene braucht es eine »hegemoniefähige Politikagenda und eine Durchsetzungsstrategie« – verbunden mit konkreten Reform- und Transformationsvorhaben. Die Redaktion der Zeitschrift *Sozialismus* sieht in dieser Extraausgabe einen weiteren Beitrag zu einem solchen Projekt.

² Armin Schäfer/Robert Vehrkamp/Jérémie Ferlix Gagné: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh 2013.

³ Siehe hierzu Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Die linke Alternative in Bremen, in: *SozialismusAktuell* vom 15.5.2015.

⁴ Susanne Hennig-Wellsow: Anders regieren. Erste Erfahrungen der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen, in: *Sozialismus* 2-2015, S. 8ff.

⁵ Jürgen Trittin, Die Koalition der Transformation und was ihr im Wege steht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2014, S. 53-63.

⁶ Bislang stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der Parlamentarischen Linken und einer der drei Initiatoren der Magdeburger Plattform, einer Initiative zur Neu-Organisation der SPD-Linken.

⁷ »Schwarze Null« oder öffentliche Wachstumsimpulse? Carsten Sieling und Axel Troost über rot-rot-grüne Verständigungspotenziale, in: *Sozialismus* 2-2015, S. 2ff.

⁸ Zitiert nach Radio Bremen: www.radio-bremen.de/politik/nachrichten/nachfolge-boehrsen104.html

⁹ »Schwarze Null« oder öffentliche Wachstumsimpulse? a.a.O., S. 6.

¹⁰ Siehe *junge welt* vom 18.3.2015.

¹¹ Raul Zelik: Emanzipation und Reformpolitik. Was könnte sich ändern unter Rot-Rot-Grün? In: *neues deutschland* vom 1.6.2014

¹² Susanne Hennig-Wellsow: Erste Ernte, offene Felder. 100 Tage Rot-Rot-Grün in Thüringen, in: *neues deutschland* vom 16.3.2015.

¹³ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 42, Berlin, S. 93.

¹⁴ Hans-Jürgen Urban: Stillstand in Merkel-Land: Wo bleibt die Mosaik-Linke? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 7/2014, S. 82.

Probelesen



Wenn bereits dieses **extra** Sie davon überzeugen konnte, dass **Sozialismus** die richtige Zeitschrift für Sie ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50) oder unter www.Sozialismus.de.

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

